

Nr 118 januar /februar 04

Das Info aus der Flora

Es bleibt dabei:

Die Zähne zeigt wer das Maul aufmacht!!!

Inhalt





Vorwort

Regierung ist gestürzt, Autonome versauen dem Einzelhandel das Geschäft, tummeln sich in Grüppchen mitten im Weihnachtskonsum-Endspurt in der Innenstadt und im Hanseviertel ... Sollte uns dies ein erfolgreiches neues Jahr verheißen?
Na, wir wollen nicht allzu naiv sein und hoffen, nun werde es eine sozialere Politik in der Stadt geben. Aber ein wenig gehässige Freude über das Ende der schwarz-braun-gelben Regierung, überforderten Hundertschaften von Bullen und verängstigte Luxusläden-Besitzer verspüren wir schon. Und wir wollen auch etwas Optimismus versprühen, indem wir Euch in diesem Heftchen u.a. von diversen Aktionen und Aktiönchen zur Erkämpfung von Freiräumen und sozialen Zentren berichten und von solchen, die besonders ätzende Orte und Institutionen angegriffen und beschädigt haben – schön zu wissen, dass denn doch noch ein bißchen geht!!!
Besonders hinweisen möchten wir Euch auf ein gerade neu erstellten Hamburger Stadtführer für MigrantInnen und Flüchtlinge: der Navigator ist ein Produkt, welches verschiedenste Gruppen zusammen entwickelt haben und in dem alle wichtigen Adressen für die Belange von Flüchtlingen und MigrantInnen stehen. Dieser Stadtführer ist für MigrantInnen und Flüchtlinge kostenlos und sollte auch viel unter die Leute gebracht werden. Weitere Infos unter www.navigator-hh.de.
Außerdem könnt ihr euch diesmal mit diesem Heft informieren:
- über eine nette Kampagne aus Spanien namens Yomango, die wir vielleicht in den „Hamburg-umsonst"-Bemühungen aufgreifen sollten
- über den geplanten Naziaufmarsch in Hamburg anlässlich der neuen Wehrmachtsausstellung
- über kritische Gedanken zum Holocaust Mahnmal in Berlin
und und und
Viel Spaß und auf ein starkes neues Jahr
(dazu gehören übrigens auch Texte von Euch, damit es neben treffenden Aktionen auch mal noch mehr treffende Inhalte gibt)

Liebe Grüße
Eure Red.

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag

Hausdurchsuchung beim Freien Sender Kombinat in Hamburg
Eingriff in die Pressefreiheit



Am Dienstag, den 25.11.03, kam es in den Räumen von Hamburgs Freiem Radio FSK 93,0 Mhz überfallartig zu einer Hausdurchsuchung. Während vor dem FSK eine behelmte Hundertschaft das Gebäude absperrte, verschafften sich etwa 30 Einsatzkräfte Zugang in die Studioräume. Als die Polizei nach insgesamt drei Stunden den Sender verließ, hatte sie zwei Ordner und ein Protokollbuch im Gepäck. Zusätzlich wurden in der Privatwohnung eines FSK-Redakteurs ein Computer, mehrere Tonträger sowie andere Arbeitsmaterialien beschlagnahmt. Das Vorgehen der Polizei stellt einen eklatanten Eingriff in Sendehoheit des FSK dar.
Anlass sei ein »Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt«, so der heute vorgelegte Beschluss des Amtsgerichts vom 4.11.03. Amtsrichter Lehmann gibt dort als Grund eine angeblich nicht-autorisierte Interviewaufnahme an, auf der der Polizeipressesprecher Ralf Kunz zu zwei Festnahmen befragt worden sei. Dem Durchsuchungsbeschluss zufolge sei das Gespräch ohne Wissen des Pressesprechers aufgezeichnet worden.
»Uns empört besonders, dass man nicht den üblichen Weg beschritten hat, uns über die Hamburgische Anstalt für Neue Medien (HAM) zu bitten, den Sendemitschnitt herauszugeben. Die Polizei hätte über eine solche Anfrage das Band längst von uns bekommen können. Dass gleich 30 PolizistInnen die Räume des Radios stürmen, ist eine völlig überzogene Maßnahme«, so Vorstandsmitglied Torsten Michaelsen (Ligna, Mitveranstalter des Radioballetts). »Die Sendung wurde bereits am 24. Oktober ausgestrahlt. Dass jetzt, einen Monat später, eine Hausdurchsuchung durchgeführt wird, zeigt, dass es überhaupt nicht um ein aufgezeichnetes Gespräch geht, sondern um Einblicke in die Strukturen von FSK. Wir werten diese Aktion als Angriff auf linke Medien und auf freie Berichterstattung in Hamburg.«
»Nach der Ingewahrsamnahme von zwei FSK-Redakteuren bei der Bambule-Berichterstattung im vergangenen Jahr ist dies ein erneuter Versuch der Einschüchterung, ein Versuch, freies Radio und politische Meinungsäußerungen gegen den Schwarz-Schill-Senat zu kriminalisieren«, so FSK-Vorstandsmitglied Regina Mühlhäuser. Für eine Verschärfung der Politik spricht auch die versuchte Hausdurchsuchung der Polizei in den Räumen des AStA der HWP (Hochschule für Wirtschaft und Politik) am Anfang dieses Monats.
Als weitere empfindliche Verletzung der Pressefreiheit wertet FSK, dass während der Hausdurchsuchung nicht im Radio darüber berichtet werden durfte. »Eine Polizistin saß hinter dem Moderator um zu beobachten, dass nichts von der Aktion nach draußen dringt«, berichtet Regina Mühlhäuser.
Als besonders unverhältnismäßig werten die FSK-Verantwortlichen das große Polizeiaufgebot. Aus Protest gegen die Hausdurchsuchung sammelten sich nach der Aktion über 400 DemonstrantInnen zu einer spontanen Solidaritätskundgebung im Schanzenviertel, die, so eine Teilnehmerin, von einem zahlenmäßig unverhältnismäßigen Polizeiaufgebot »in einen Wanderkessel verwandelt« wurde. Im Zuge dessen kam es zu mindestens einer Ingewahrsamnahme.

Vorstand der AnbieterInnengemeinschaft e.V., Vorstand der AG Radio e.V. im FSK
Presseerklärung vom 25.11.03

Fixstern geräumt!

Am 29.Dezember 2003 wurde die akzeptierende Drogenhilfeeinrichtung im Schanzenviertel geräumt.
Nachdem der Senat beschlossen hatte, die Einrichtung zu schließen, um die trendige Schanze und die „leidenden AnwohnerInnen" vor den „bösen Dealern" und den „ekligen Junkies" zu schützen und so einen weiteren Schritt in der ausgrenzenden und menschenverachtenden Politik gegen randständige Personengruppen dieser Gesellschaft zu vollziehen, hatte sich das Stadtteilbündnis „Fixstern bleibt!" gegründet und die Einrichtung kurzerhand am 28.11. besetzt und ihre Arbeit soweit es ging fortgesetzt. Nach dem wunderbarene „finito" durch Ole von Beust und der Ankündigung von Neuwahlen forderte das Bündnis die Schließungsentscheidung und Vollstreckung auf einen Termin nach den Neuwahlen zu verschieben; eventuell gäbe es ja einen Regierungswechsel und eine Restchance, dass diese die Fixstern Schließung so gar nicht beschließen würde.

Aber alle Verantwortungsbeteiligten (Senat, Behörde und Träger!) zogen es vor, bei der alten Entscheidung zu bleiben und Fakten zu schaffen. Der Vorstand und die Geschäftsführung des Trägervereins Freiraum e.V. stellten Strafantrag um die Räumung der Einrichtung zu veranlassen, die sodann auch am 29. Dezember durch die Polizei erfolgte.

Politisches Lied der Woche
Nach der Melodie von Großstadtrevier

Wenn Bambule ums Eck kommt nimmt der Ronald reißaus,
weil der Ronald die Bambule nicht mag.

Ronald fischt gern im Trüben und Bambule treib`s ihm aus,
rund um die Uhr Tag für Tag.

Große Demo, kleiner Umsatz, viel grün, viel schwarz,
sieht mensch hier im Innenstadtrevier.

Weiträumige Verbote, keine Wirkung, das wahre Gesicht,
zeigt sich hier in Ole`s Großstadtrevier.

Denn Bambule stürzt jeden Senat

Cindy&Bert 2003



Rolf Clemens Wagner nach 24 Jahren Haft frei!

Wir freuen uns, dass das am 19.11.1979 in Zürich festgenommene und seither ununterbrochen einsitzende RAF-Mitglied Rolf Clemens Wagner am Morgen des 09.12.2003 die Justizvollzugsanstalt (JVA) im nordhessischen Schwalmstadt endgültig verlassen konnte. Wir freuen uns mit allen, die so lange für seine Freilassung gekämpft haben. Endlich ist es soweit!

Der mittlerweile 59-Jährige war unter anderem wegen Mordes, mehrfachen Mordversuchs, wegen Entführungen und Raubüberfällen von Schweizer und BRD-Behörden zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Es war aber vor allem die Ermordung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer am 18.10.1977, die ihm angelastet wurde und derentwegen er 24 Jahre - und damit bisher länger als alle anderen politischen Gefangenen in der BRD - in unterschiedlichen Knästen verbringen musste.

Aber eben genau diese Tat konnte ihm niemals nachgewiesen werden; kein Gericht hat bisher klären können, wer Hanns Martin Schleyer erschossen hat. Aber eben genau das hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nie wirklich interessiert. Verdachtsmomente haben ihr gereicht, Wagner zum Mörder eines damals hohen Würdenträgers zu stilisieren.

Um es nochmals zu betonen: Wir freuen uns über Rolf Clemens Wagners Entlassung aus der JVA, wollen an dieser Stelle aber die Möglichkeit nutzen, darauf hinzuweisen, dass auch noch für die Freiheit der restlichen vier RAFlerInnen gekämpft werden muss: Christian Klar (sitzt zurzeit in Bruchsal; seit 1982 in Haft), Brigitte Mohnhaupt (sitzt zurzeit in Aichach; seit 1982 in Haft), Eva Haule (sitzt zurzeit in Frankfurt; seit 1986 in Haft), Birgit Hogefeld (sitzt zurzeit in Frankfurt/Main; seit 1993 in Haft). Sie sind jeweils zu lebenslanger Haft verurteilt. Damit sind sie auf unsere Solidarität angewiesen. Und darauf, dass wir sie nicht vergessen.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Kampf der staatlichen Repression gegen linken Widerstand!

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Jeder haftet für alles

Urteile im Prozess gegen drei Magdeburger

»Es war ein klassisches Paragraf-129a-Urteil«, sagt Martin Poell, der Rechtsanwalt von Daniel W., »eigentlich war es ein reines Gesinnungsurteil.«

Am Dienstag vergangener Woche endete vor dem Oberlandesgericht Naumburg der Prozess gegen die Magdeburger Marco H., Daniel W. und Carsten S., denen die Bundesanwaltschaft die »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« nach Paragraf 129a des Strafgesetzbuches vorgeworfen hatte (Jungle World, 43/03).

Der Vorsitzende Richter sah es als erwiesen an, dass Marco H. und Daniel W. zwischen August 2001 und März 2002 unter wechselnden Gruppenbezeichnungen an vier Brandanschlägen beteiligt gewesen seien. Er verurteilte Marco H. zu zweieinhalb Jahren Haft und Daniel W. zu zwei Jahren Jugendstrafe. Der dritte Angeklagte, Carsten S., wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Dabei sah vor wenigen Wochen auch für Marco H. und Daniel W. alles noch gut aus: Ende November wurden die drei aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Gericht hatte entschieden, dass eine auf Mai 2002 datierte Auflösungserklärung jener Gruppierung, die als terroristisch eingestuft wurde, als echt zu werten und eine Verurteilung nach Paragraf 129a also ausgeschlossen sei. Denn die fragliche Gruppe habe zu dem Zeitpunkt, als die Angeklagten festgenommen wurden, nicht mehr existiert.

Der Haken an der Sache: Dass es die Gruppierung gegeben habe und die nun Verurteilten in ihr aktiv gewesen seien, stellte der Richter keineswegs in Frage. So gab es zwar keine Verurteilung wegen »Mitgliedschaft«, doch der Strafsenat schreibt die Taten einem Kollektiv zu. In der Logik des Gerichts sei also »jeder für alles verantwortlich, was dieses Kollektiv gemacht hat«, sagt Martin Poell. »Anders wäre ein solches Urteil nicht möglich.«

Tatsächlich konnte das Gericht keinem der Angeklagten eine direkte Tatbeteiligung nachweisen. Richter Albrecht Hennig musste in seiner Urteilsbegründung zugeben, das Urteil stütze sich im Wesentlichen auf Indizien. »Der bloße Verdacht hat in diesem Fall für eine Verurteilung ausgereicht«, sagt Poell, der gemeinsam mit seinen Anwaltskollegen in Revision gehen wird.

Unterdessen ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen weitere Personen aus dem Umfeld der Verurteilten wegen des Verdachts, eine »Straftat nach Paragraf 129a begangen zu haben«. Es zeigt sich also, dass der so genannte Antiterrorparagraf weiterhin genau den Zweck erfüllt, den er erfüllen soll und den er in Magdeburg auch seit Monaten erfüllt: Er ist die juristische Legitimation, um die dortige Szene aufzumischen.

Nachdem das Oberlandesgericht scheinbar generös von einer Verurteilung nach Paragraf 129a abgesehen hatte, offenbaren die harten Urteile gegen Marco H. und Daniel W., dass es keineswegs einen qualitativen Umschwung in der staatlichen Beurteilung militanten Widerstands gegeben hat. Das Naumburger Gericht folgte lediglich dem Gewäsch jener Liberalen, deren Mantra lautet, man müsse die Gesetze nicht verschärfen, es genüge doch völlig, sie konsequent anzuwenden.

jochen bauer

entnommen der jungle world 53 vom 24.12.03



Barrikadentage

Die Begeisterung muß groß gewesen sein in der Innenbehörde. Nach einem Jahr der Skandale und schnöden Bambule Demos, endlich mal im Mittelpunkt der Weltpresse stehen. Laut Informationen gut informierter Kreise sollten angeblich zwei Selbstmordattentäter von der "Al Kaida" nahestehenden Gruppe "Ansar-Al-Islam" einen Anschlag auf ein Bundeswehrkrankenhaus durchführen. Das ließ sich General Nockemann nicht zweimal sagen und fuhr auf, was aufzufahren war. Polizei, Armee und Luftunterstützung. Der Stadtteil Wandsbek verwandelte sich in kürzester Zeit zum Containerdorf. Begeisterte PolizistInnen durften hemmungslos Wummen zur Schau stellen, übellaunig Personalien kontrollieren und sich abends neben GI´s aus dem Irak in CNN bewundern.

Ein stolzer Nockemann betrachtete sich abends auf dem Sofa seine Truppen. Böse Unken behaupteten zwar er habe lediglich Wahlkampf betrieben und zwei bürgernahe Beamte hätten Gleiches erreicht, aber das belastet ihn nicht an. Alles nur Miesmacher, und überhaupt, soll Bad Homburg doch dem Erdboden gleichgemacht werden. Hamburg ist sicher und Nockemanns Gewissen ist rein und frei von niederen Beweggründen wie Wahlkampf. Auch wir wissen das inzwischen, denn nach sicherem historischem Quellenstudium fiel es uns wie Schuppen von den verfilzten Haaren. Die Antwort heißt Produktpiraterie.

Weil die Bullen schon immer neidisch auf die coolen Autonomen waren, haben sie denen schließlich schon früher die Hasskappe und das schwarze Outfit geklaut. Doch weil das schon lange her ist und weil die ganzen neuen dicken Harleys und blauen Tonis für neue Street Credibility nicht ausreichten hat sich Nockemann dazu entschlossen die Welt endgültig zu retten und dem linken Geschichtsbuch auch den Begriff Barrikadentage zu klauen. Jenes stimmungsvolle Wort das den Höhepunkt der Auseinandersetzungen und des Barrikadenbaus um die Hamburger Hafenstraße beschrieb und melodramatisch um die Welt ging.

OK, Nockemann. You got it....

Feuer und Flamme für HAB

„Am 13.10.03 haben wir auf dem Gelände der »Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft«, kurz HAB, in Hamburg Rahlstedt Feuer gelegt. Betroffen waren Fahrzeuge sowie ein Bürogebäude.
Die HAB steht im Dienst von Armutsverwaltung und -disziplinierung. Mit ca. 2000 Plätzen ist sie der größte Hamburger Beschäftigungsträger und zentral an der Organisation der Zwangsdienstprogramme für SozialhilfeempfängerInnen beteiligt.

Weil Sozi allein ja nun nicht glücklich machen soll, dürfen SozialhilfeempfänerInnen in Hamburg seit April 2002 dazu verdienen mit freundlicher Unterstützung der HAB. 1 Euro pro Stunde (zusätzlich zur Sozi) für so »erfüllende« gemeinnützige Tätigkeiten wie Stadtreinigung, Gartenarbeit und Grünpflege, Montieren von Möbeln oder Holz-Metall-Malerarbeiten. Und da manche auch einfach zu ihrem Glück gezwungen werden müssen, tun die Sozialämter genau das: Sie zwingen die Leute in Programme mit so hübschen Namen wie »Arbeit sofort«, »Jump Plus« oder einfach »1 Euro-Programm«. 15 bis 30.000 »arbeitsfähige SozialhilfeempfängerInnen« sollen es nach unterschiedlichen Schätzungen in Hamburg noch werden, die zu extrem unterbezahlter, entgarantierter Arbeit dizipliniert werden sollen und alle SoziempfängerInnen, die sich für eine der noch vorhandenen sozialversicherungspflichtigen Stellen bewerben, dürfen sich erstmal »bewähren« Mit 3-6 Monaten Arbeit für 1 Euro, vermittelt über die HAB.

Es geht darum, die Leute klein zu machen, ihnen den Glauben auszutreiben, sie hätten auf irgendeine Unterstützung einfach ein Recht. Stattdessen sollen sie lernen, jede noch so miese Arbeit zu jedem noch so schlechten Lohn anzunehmen.

Was eine richtige Erziehung sein soll, kommt natürlich nicht ohne Strafe aus. Bei Weigerung, dem Zwang nach Arbeit nachzukommen, wird die Sozialhilfe gekürzt und irgendwann dann ganz gestrichen. Etwa 50% der vom Sozialamt and die HAB verwiesenen »Jungerwachsenen« (18-25 Jahre) haben nach Angaben eines HAB-Mitarbeiters die Stelle nicht angetreten. 700 von knapp 1100 Zwangsverpflichteten brachen im ersten halben Jahr des 1 Euro-Programms die Massnahme ab. 200 davon wurden die Leistungen gekürzt. Mehrere Dutzend tauchten gar nicht mehr beim Sozialamt auf.

Wem schadet`s? Sicher nicht den PlanerInnen in Politik und Verwaltung, denn der »positive Effekt« ist allemal garantiert: Abschreckung. Bevor eine/r zum Sozialamt geht, soll sie/er es sich besser drei mal überlegen.

Der HAB schadet`s auch nicht, die hat genug zu tun, symbolische Aktionen organisieren zum Beispiel: 100 Tage lang müssen 8 Arbeitskolonnen in einem Pilotprojekt in Parks und öffentlichen Anlagen schuften. Die HAB verleiht die Arbeitskräfte dafür an die Bezirke und bekommt 1000 Euro »Kooperationsbeitrag« für jede und jeden. Die dürfen dann Müll wegräumen, Büsche schneiden, Papier einsammeln, Laub harken, verdreckte Verkehrsschilder und Bänke schrubben. Ein Arbeitskolonnenanleiter der HAB bringt es auf den Punkt: »Die räumen jetzt die Spielplätze auf, die sie früher beim gelangweilten Rumhängen vollgemüllt haben.« Zwar wurde die Idee, auch Knackis für solche Arbeit einzusetzen, bis jetzt noch nicht umgesetzt. Dafür trifft es aber Flüchtlinge, die seit Juli im Bezirk Nord »Grünanlagen pflegen« müssen und dem Bezirk sogar kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die HAB-Aufsichtsratschefin, Sozialsenatorin Schnieber-Jastram, bläst seit ihrem Amtsantritt zum Angriff auf Arme und ArbeitsverweigerInnen. Gemäß ihrem Motto: Es darf keine Denkverbote geben, werden Gelder der Krankenhilfe für SozialhilfeempfängerInnen gekürzt, Kleidergeld eingespart, das Sozialticket für den Nahverkehr gestrichen. Auf der Suche nach »Schmarotzern« werden Daten von Renten- und Krankenversicherungen, Kraftfahrzeug- und Finanzämtern abgeglichen. Im September 2003 hat der Senat beschlossen, dass mit einer sogenannten Globalrichtlinie alle Sozialämter aufgefordert werden sollen, einheitlich gegen sogenannte »arbeitsunwillige SozialhilfebezieherInnen« vorzugehen. Bei erstmaliger Verweigerung der Arbeit sollen 25% der Leistungen gekürzt werden, im folgenden Monat 50% und letztzlich wird die Hilfe zum Lebensunterhalt ganz gestrichen. Kürzungen sollen auch dann vorgenommen werden, wenn sich die Betroffenen selbst zu wenig um eine Arbeit bemühen.

Diese Angriffe sind keine Kapriolen durchgeknallter SchillianerInnen, Christ- oder FreidemokratInnen. Wenn es um Disziplinierung und Abstrafung »arbeitsunwilliger LeistungsbezieherInnen« geht, haben Opposition und Senat keine grundsetzlichen Meinungsverschiedenheiten. Schon unter rot/grün wurden SoziempfängerInnen mit Kontrollbesuchen bespitzelt und mit Verweis auf Hungerlohn-Jobs die Leistungen verweigert. Und heute müht sich die Hamburger SPD darum Profil zu gewinnen und schlägt vor, einen »Hamburger Ordnungsdienst« mit Langzeitarbeitslosen ins Leben zu rufen, um »den öffentlichen Raum zu pflegen«.

Auch mit den Vorstellungen der Bundesregierung ist die Hamburger Sozialpolitik im Grundsatz vergleichbar, wie die Gesetzespakete zeigen, die für die Agenda 2010 geschnürt werden. Auch hier müssen Langzeitarbeitslose jeden zumutbaren Job annehmen, ArbeitsverweigerInnen werden mir Kürzungen sanktioniert, besonders renitente bekommen nur noch Sachleistungen in Form von Lebensmittelgutscheinen. Immer mehr Menschen werden dazu gezwungen, sich mit Mini-, Zweit- und Nebenjobs oder als entgarantierte »Ich AG« durchs Leben zu schlagen.

Um allen, die gezwungen sind, in den beschissenen Programmen der HAB zu arbeiten, eine kleine Freude zu bereiten und dem Einen und der Anderen vielleicht einen freien Tag zu verschaffen, hat`s heute auf dem Stützpunkt Rahlstedt gebrannt und ist Zwangsarbeitsgerät kaputt gemacht worden.

- WEG MIT ALLEN ZWANGSDIENSTEN!
- FÜR DEN KOMMUNISMUS!"

Castortransporte

„castor stauen!
wir haben am montag, den 10.11., den zugverkehr unterbrochen, um den castor auf dem weg in´s wendland aufzuhalten:
mit brennenden autoreifen bei wolfsburg und hagenow/land, feuer im kabelschacht bei uelzen, und kurzschluss durch ketten auf und an der oberleitung bei hamburg und bad bevesen.

ice´s zu barrikaden

mehdorns rache"

Rechtsmedizinisches Institut

„Am Abend der bundesweiten Bambule-Demo in Hamburg, 20.12.2003, haben wir eine Aktion gegen das Rechtsmedizinische



Demo am 09.12. zum 2.Todestag von Achidi John

Institut in Eppendorf durchgeführt, Farbflaschen wurden gegen die Fassade geworfen, Krähenfüsse ausgelegt und einige Fensterscheiben am Insitut und dem Auto des Leiters der Rechtsmedizin, Klaus Püschel, wurden zerschlagen. Seit dem Mord an Achidi John vor 2 Jahren gab es ca. 300 Brechmitteleinsätze an diesem Ort.
Kein Vergeben - Kein Vergessen
Rassismus angreifen

Antirassistische und Antifaschistische Gruppen"

Bambule und der Einzelhandel

„In einer Spaß-Guerilla-Aktion haben wir vor kurzem beiliegenden Flyer in der FußgängerInnenzone in der City Hamburg an PassantInnen verteilt.
Wir wollen damit die Ansicht des Geschäftsführers des Einzelhandelsverbades, Ulf Kalkmann, unterstützen, dass der Bambule endlich ein Platz gegeben werden solle.
Allerdings geht es uns nicht nur um dauerhafte Wohnplätze für Leute, die in Bauwägen leben. Wir sehen die zunehmende Ausgrenzung von Minderheiten und nichtkonsumfähigen Menschen, die sich insbesondere darin äußert, daß sich nicht mehr alle frei in der Innenstadt bewegen können, als absolut inakzeptabel an. Zeitgleich wird die Innenstadt von Protesten gegen diese Politik abgeschirmt, um den Profit des Einzelhandels zu sichern.
Das System abschaffen!
Alles für Alle und zwar umsonst!

die VerteilerInnen:

»Sehr geehrte Kundinnen und Kunden,
auf Grund des ungelösten Konflikts um die Hamburger Bauwagenplätze ist auch diesen Winter verstärkt mit Demonstrationen, insbesondere in der Innenstadt zu rechnen. Leider hat sich bereits im letzten Jahr gezeigt, dass für Unbeteiligte die Gefahr besteht zwischen Polizei und Demonstranten zu geraten. Wir bitten Sie daher zu Ihrer eigenen Sicherheit, Ihre Weihnachtseinkäufe frühzeitig zu tätigen oder auf andere Stadtteile auszuweichen.
Bei Fragen wenden Sie sich bitte direkt an den Senat, Fachbereich Polizei, unter: (0 40) 4 28 35-55 18. Wir bitten Sie die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen und verbleiben mit freundlichem Grüßen

Ihr Gesamtverband des Einzehandels Hamburg«

Freiräume verteidigen! Linke Projekte durchsetzen!



Bambule [HH]

"Warum sich nen einfachen Tag machen, wenn man auch mehrere Stunden Streß haben kann" - schien das Motto des Polizeieinsatzes am Samstag in der Hamburger Innenstadt gewesen zu sein. Die Bambule-Demo am 20,12,konnte mehr Raum in der Innenstadt einnehmen, als sie ursprünglich beansprucht hatte. Es sollte eine große Demo werden. Ein kurzes Stück durch die Innenstadt und danach ins "heimische" Schanzenviertel. Polizei und Gerichte spielten nicht mit. Per Auflage und Gerichtsbeschluß wurde mal wieder die Demo auf die unattraktive "rund um die City auf großen, menschenleeren Straßen"-Route verwiesen. Die Route wurde zum letzten Mal am 18. Oktober begangen und für völlig inakzeptabel befunden.
So kam es, dass um 15 Uhr nur sehr wenige Leute am verfügten Auftaktort am Besenbinderhof erschienen.Weitaus mehr fanden sich auf dem Ida-Ehre-Platz und der Mönckebergstraße ein. Umringt von massenweise Shoppern und nach und nach immer mehr Polizei. Es folgte die Standardübung der Hamburger Polizei: ein Kessel. Nachdem sich die "Unbeteiligten" entfernt hatten, befanden sich ca. 400 Leute in ihm und eine nicht genau auszumachende Zahl AktivistInnen und Shopper neben ihm.
Anmeldungen wollte die Polizei nicht zulassen. Eine Demo, die nach 15 Minuten nicht mehr im Innenstadtbereich gewesen wäre, war scheinbar nicht ihn ihrem Interesse. Das einzige, was sie noch zulassen wollte, war eine Kundgebung im Polizeikessel auf der (menschenleeren) Steinstraße. Außerdem hätten

dort die HVV-Busse leichter bis an den Kessel fahren können als in der Mönckebergstraße. Murphys Law galt nur für die Polizei: alles was schiefgehen kann, ging schief. "An die Personen innerhalb der Polizeiabsperrung auf der Mönckebergstraße: [...] Wir werden sie nun ihn Richtung Steinstraße abdrängen." Der Gegenbewegung konnte die Polizeikette nicht standhalten und einer Gruppe gelang der Ausbruch aus dem Kessel (laut Polizei 150 von 200 Gekesselten) in den Weihnachtsmarkt. Andere Polizeieinheiten mußten ihre "Stellungen" aufgeben, um zur Hilfe zur eilen. Gerangel, Schläge - die Polizei hatte es geschafft: die Lage war eskaliert. Im folgenden Chaos verlor die Polizei die Kontrolle, die sie zuvor über das Geschehen hatte.
Das einzige, was ihr gelang, war eine kleine Gruppe in die Steinstraße abzudrängen (laut Polizei 50 von 200 Gekesselten). Der weitaus größte Teil der Leute hielt sich noch in der Mönckebergstraße auf. Nur gelang es der Polizei nicht mehr einen neuen Kessel aufzuziehen. Planlose Polizeieinheiten ("Wir tun so, als ob wir weg gehen") gaben die Straße frei. Ein spontaner Demozug mit mehreren Hundert Leuten setzte sich auf der ursprünglich angemeldeten Route in Richtung Rathaus in Bewegung.
Nur der Unentschlossenheit der Demonstranten hat die Polizei es zu verdanken, dass die schwache Polizeikette vor dem Rathausmarkt nicht überrannt wurde. Die Leute wollten lieber weiter demonstrieren und bogen zum Jungfernstieg ab. Dort "spaltete" sich die Demo.
Ein Teil wurde am Gänsemarkt am Verlassen der Innenstadt gehindert und begab sich dann auf die Suche nach der anderen Gruppe, die in die Prachtstraße "Neuer Wall" eingebogen war. Bambule war überall. "Anschließend bildeten sich im Bereich der Hamburger Innenstadt immer wieder kleinere und größere Störergruppen mit bis zu 200 Personen." Mönckebergstraße, Neuer Wall, Große Bleichen, Poststraße, Gänsemarkt - nirgends mehr eine richtige Demo aber überall Parolen und Leute. Die Polizei stand oder lief nur planlos rum. Eine Gruppe von ca. 50 Leuten z.B. konnte erfolgreich von ca. 300 Polizisten über den Axel-Springer-Platz in die Neustadt abgedrängt werden. Gegen 18.30 Uhr war der Gänsemarkt erneut Treffpunkt.

Statt 15 Minuten Demonstration in der Innenstadt (+ Auftaktkungebung) verursachte die Polizei über 3 Stunden Chaos. Die Polizei spricht von insgesamt 700 Teilnehmern, 75 Gewahrsamnamen, 6 Festnahmen und 1718 eingesetzten Polizisten. Dass trotz dieser angeblich mehr als 2:1-Betreuung die Polizei erst nach 4 Stunden ("Gegen 19.20 Uhr hatte sich die Lage in der Innenstadt weitgehend beruhigt.") wieder Ruhe in der Innenstadt herstellen konnte, spricht nicht gerade für einen in ihrem Sinne erfolgreichen Arbeitstag. Aber in der überfüllten Innenstadt war es schwer, einen Überblick zu behalten und so können es auch



problemlos 1500 oder mehr Leute gewesen sein, die auf der Straße unterwegs waren.

Abends trafen sich noch ca. 150 Leute zu einer VV am Hafen. Von dort sollte eine Spontandemo in die Schanze gehen. Die Bullen waren aber mittlererweile aufgrund ihres Versagens am Tage derart genervt, dass sie nichts mehr zuließen. Auf der Reeperbahn wurden ca. 30 Leute, die zum Hafen wollten, eingekesselt und in Busse verfrachtet. Am Hafen zog ein Großaufgebot auf und machte deutlich, dass jede Form von Demo sofort eingemacht wird. Entsprechend wurde die Spontandemo sofort nach Anmeldung verboten. Aufgrund der Tatsache, dass der Tag für Bambule sehr gut gelaufen ist und um den Bullen nicht die Möglichkeit zum Revanchefoul zu geben, wurde entschieden, auf eine weitere Demo zu verzichten. Die Polizei richtete sich mit Suppenküche häuslich am Hafen ein und versuchte massiv die Situation zu eskalieren, Kleingruppen wurden derweil in den umliegenden Straßen abgefischt und einzelne Personen von Zivis verfolgt. Dennoch flogen am gleichen Abend beim Institut für Rechtsmedizin in dem Brechmitteleinsätze durchgeführt werden noch die Scheiben ein.

Die Bullen waren Mega genervt und haben sich am 20.12. eine dicke Niederlage eingefahren. Dies belegen auch die Pressereaktionen. In der Mopo wurde der "Punktsieg" für Bambule ausgerufen, der Bildzeitung fiel nichts ein und sie schwieg weitgehend während das Abendblatt im weinerlichen Stil die Ehrlosigkeit der Autonomen beklagte. Die Bullen versuchten, ihre Desorientierung zu vertuschen und aus dem Kesselausbruch einen Bruch von Absprachen zu machen. Die Bullenführung habe daher das Fazit gezogen, in Zukunft die Deeskalation und Gespräche bleiben zu lassen und gleich draufzuhauen. HaHaHa! Das wir nicht lachen! Abzusprechen war mit den Bullen an diesem Tag gar nichts, selbst kleinste Forderungen wurden abschlägig beschieden. Gegenüber AnmelderInnen, selbst Abgeordneten des Senates ließ sich die Führung über eine Stunde verleugnen. Ziel war, sofort klare Verhältnisse zu schaffen und sich nicht auf Diskussionen einzulassen. Die Polizeiführung hatte dabei keinerlei Verhandlungsspielraum, es gab die klare Order "zero tolerance". Die Bullen haben diese Schwerfälligkeit am 20.12. in der Innenstadt mit Chaos bezahlt. Der Tag hat weiterhin gezeigt, dass unter den derzeitigen Vorzeichen alle Gespräche mit Einsatzleitungen in Hamburg überflüssig sind, da diese keinerlei Kompetenz mehr besitzen. Die Fäden werden straff aus der Innenbehörde heraus gezogen.

Der Ablauf der Demo am 20.12.03 war trotz aller Erfolge und obwohl das Konzept zum Teil aufging, dennoch nur ein Punktgewinn und kein durchgehender Erfolg. Es ist nicht gelungen, eine geschlossene Demo durch die Innenstadt durchzusetzen. Die Bewegung wird zwar auch in Zukunft in der Lage sein, Cityverbote zu durchbrechen, aber anscheinend nur auf Kosten der Geschlossenheit. Positiv ist aber zu vermerken, dass die Bullen mit dieser Situation wesentlich schlechter als wir dastehen. Zahlreiche Geschäfte hatten aufgrund des Chaos schon ab 16 Uhr geschlossen und die Bullen steckten, im wahrsten Sinne des Wortes, zwischen den PassantInnen fest. Zudem hatten sich zahlreiche Leute spontan solidarisiert und Parolen mitgerufen. Das machte es für die Schergen noch schwerer. Das Cityverbot am 20.12.03 nicht hinzunehmen, war die richtige Entscheidung im Hinblick auf weitere Auseinandersetzungen. Die Verhinderung einer Räumung der Henriette und ein neuer Platz für Bambule werden nur möglich sein, wenn wir weiterhin an neuen Aktions- und Demonstrationsformen arbeiten, unberechenbar und unkontrollierbar bleiben.
(Zusammenfassung aus verschiedenen Texten)

Walli [Lübeck]

Am 6.12. demonstrierten zwischen 1000 und 1500 Menschen in der Lübecker Innenstadt für den Erhalt des von Räumung bedrohten selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrums alternative ("Walli").
Damit wurde auf das am 27.11. von der CDU in der Lübecker Bürgerschaft verabschiedete "Angebot" geantwortet. Dieses sieht vor, der alternative den Vertrag, der am 28. Februar aus-



läuft, um 16 Monate zu verlängern, wenn die Bedingungen der Zahlung einer jährlichen Miete von etwa 25.000 Euro und die Aufgabe des Bauwagenprojektes (das gegen "öffentliches Recht" verstoße) erfüllt werden. Im Laufe dieser Zeit soll dann angeblich ein Ersatzgelände gesucht werden. Die diktierten Bedingungen sind natürlich unannehmbar für ein unkommerzielles Zentrum. Wir lassen uns nicht spalten! Die CDU scheint die Walli nun vollständig kaputtmachen zu wollen.

Die Demo startete um 12 Uhr auf der alternative und war ziemlich energisch. Auf einer Zwischenkundgebung am Rande der Fußgängerzone spielten zwei Punkbands und Redebeiträge wurden gehalten, u.a. wurde auf eine Aktionswoche vom 4.-12.4.2004 aufmerksam gemacht, die dem Kampf um den Erhalt und die Vernetzung selbstverwalteter Strukturen dienen sollte.
Kurz vor Ende der Demonstration verließ die Spitze der Demo mit etwa 250 Menschen die genehmigte Route und umrundete einmal den Lindenteller, einen Verkehrsknotenpunkt Lübecks. Zur Konfrontation mit der Polizei (die nur 170 Beamte im Einsatz hatte) kam es nicht.

Sollte die CDU an ihrem Eskalationskurs festhalten, wird die alternative am 28.Februar besetzt werden. Bis dahin wird es weitere Aktionen geben. Am 13.12. fand noch eine Wagendemo mit 20 Wagen und 250 Leuten statt und am 20.12.03 gab es vormittags Innenstadtaktionstage und nachmittags eine Auswärtsfahrt zur Bambule Demo in Hamburg.

Alte Feuerwache [Saarbr.]

Am Samstag, den 20.12.2003 fand nicht nur in Hamburg eine Demo statt sondern auch in Saarbrücken demonstrierten etwa 350-400 Menschen in der Innenstadt für den Erhalt der Alten Feuerwache als linkes soziales, kulturelles und politisches Zentrum.
Die Alte Feuerwache, das einzige alternative und selbstverwaltete Politik- und Kulturzentrum im Saarland, ist ins Visier der Saarbrücker Rotstift-PolitikerInnen geraten. Neben anderen, zum Abschuss freigegebenen Projekten und Räumlichkeiten, soll auch diese der städtischen Ökonomisierung zum Opfer fallen. Aus dem Aufruf zur Demo:

"Für viele ist die Alte Feuerwache nicht mehr aus ihrem Alltag wegzudenken. Und wir werden dem geplanten Rauswurf aus der Feuerwache entgegentreten, da er uns auf vielfältige Weise betrifft. Es geht darum politische Entscheidungen, die allein der ökonomischen Verwertungslogik geschuldet sind nicht ständig und immer öfter ohnmächtig hinzunehmen. Ob bei den Einschnitten im sozialpolitischen, gesundheitspolitischen oder arbeitspolitischen Bereich - nirgends ist in diesem Land relevanter Protest oder gar Widerstand zu verzeichnen. Dadurch scheint sich die Logik des Marktes gegenüber der Idee einer menschenwürdigen Gesellschaft zu verewigen.

Der geplante Rauswurf betrifft unser politisches Selbstverständnis, da wir unabhängig von staatlich institutionalisierten Autoritäten unser Leben als politische Angelegenheit begreifen. Emanzipatorische Veränderungen entwickeln sich nicht in Absprache mit dem Staat. Sie müssen, wenn nicht anders möglich, gegen diesen durchgesetzt werden.
Die Alte Feuerwache ist konkreter Bestandteil unseres Versuches, dem vom Staat und dem Großteil der Gesellschaft (re-)präsentierten Autoritäts- und Verwertungsgedanken eine Alternative entgegenzusetzen."

Ex-Steffi [Karlsruhe]

Trotz Verbot und sehr grosser Polizeipräsenz wurden am 31.12.03 von ca. 200 SympathisantInnen der Ex-Steffi öffentlichkeitswirksame Spontandemonstrationen in der Kalrsruher Innenstadt durchgesetzt, um gegen die Auflagen der geplanten Nachttanzdemonstration zu protestieren und Solidarität mit einem der letzten noch existierenden autonomen Zentren in Baden-Württemberg zu demonstrieren.
Das autonome Wohn- und Kulturprojekt Ex-Steffi wird von den BewohnerInnen, NutzerInnen und UnterstützerInnen seit dem Auslauf des Mietvertrages vor einigen Monaten besetzt gehalten und ist nun von polizeilicher Räumung bedroht.



Die Stadt Karlsruhe zeigt kein Interesse am Fortbestand des selbstverwalteten Projektes und verlangt die Räumung des Areals hinter dem Hauptbahnhof. Dort soll nach dem Willen der Stadt, statt einem ungeliebten selbstverwalteten Wohn- und Kulturprojektes und der anliegenden Galerien verschiedener Künstler, ein sogenannter Time-Park mit Büro- und Konsumkomplexen entstehen.
Die Polizei hatte eine in dieser Form schon 2002 durchgeführte Demonstration am Silvesterabend mit Musikwägen und tanzenden Menschen für den Erhalt der Ex-Steffi ab 19 Uhr wegen einer zu hohen Gefahrenlage untersagt und erliess Auflagen, wonach die "Nachttanzdemo" dieses Mal nur zwischen 14 und 16 Uhr hätte stattfinden dürfen. Eine Klage gegen diese Auflagen wurde in zwei Instanzen abgewiesen.
Trotz hoher Polizeipräsenz versammelten sich gegen 19 Uhr in verschiedenen Gruppen schätzungsweise 130 Menschen, die in verschiedenen Gruppen lautstark durch die Innenstadt zogen, bis die meisten zu einem Polizeikessel am Kronenplatz stiessen, in dem ca. 50 weitere AktivistInnen seit Beginn der Aktionen festgehalten wurden und um den sich schon vorher mehrere Dutzend andere AktivistInnen sammelten.
Nach Verhandlungen wurden die DemonstrationsteilnehmerInnen in einem Wanderkessel von der Polizei durch die Südstadt bis vor die Ex-Steffi gebracht, wobei lautstark Parolen für den Erhalt des autonomen Zentrums gerufen wurden. Auf dem Weg dorthin soll es des öfteren zu Handgreiflichkeiten durch Polizeibeamte gekommen sein. Der von der Polizei zugesagte Abstand von zwei Metern zum Demonstrationszug wurde nicht eingehalten. Anschliessend wurde in und vor der Ex-Steffi Silvester gefeiert.



Linkes Ufer [Mannheim]

In Mannheim wurde auf dem Gelände der Deutschen Bahn, auf dem früher eine selbstverwaltete Umzugsfirma tätig war, ein Gebäude fünf Tage lang besetzt. Mit der Besetzung sollte auf die Umstrukturierung und Luxussanierung im Mannheimer Jungbusch aufmerksam gemacht werden. Durch die Aktion sollte die Situation im Stadtviertel thematisiert werden. Durch Luxussanierung, Pop-Akademie und Musikpark werden vor allem Menschen aus "sozial-schwachen" Verhältnissen vertrieben und ausgegrenzt.
Am 27.12. ab 4.30 Uhr war das besetze Haus am "Linken Ufer" von der Polizei umstellt. In der Nacht davor hatte eine Party mit DJs und live-MCs mit 150 Leuten stattgefunden - die letzten Partygäste konnten das Haus nur unter Angabe ihrer Personalien verlassen. Den BesetzerInnen wurde angeboten, dass wenn sie das Haus räumen würden, man es zunächst beim Aufnehmen der Personalien belassen würde (d.h. von einer Festnahme absehen



würde).Auch würde man ihnen das Abbrechen der Besetzung 'positiv anrechnen'.
Die BesetzerInnen haben dieses Angebot abgelehnt, sie forderten mit dem Besitzer des Gebäudes zu reden, um eine Duldung zu erreichen. In der Folge wurde der Strom abgestellt. Die Polizei weigerte sich weitere Menschen durchzulassen, die zum Gebäude wollten; in den umliegenden Straßen erteilte sie Platzverweise. Als Reaktion auf diesen Angriff gab es Kundgebungen und Demonstrationen quer durch das Stadtviertel am 28.12. sowie am .29.12.03 und am 30.12.03. Die DemonstrantInnen hatten sich am 28.12. gegen 16 Uhr im Statdtteil Jungbusch gesammelt und zogen dann durch den Stadtteil in Richtung des besetzten Hauses. Auf der Teufelsbrücke wurden die DemonstrationsteilnehmerInnen von einigen Streifenwagenbesatzungen mit Hunden am Weiterlaufen gehindert. Daraufhin zog die Demonstration durch die Jungbuschstrasse Richtung Innenstadt und wurde am Ende der Jungbuschstrasse wieder von der Polizei gestoppt. Nach Absprache mit der Polizei ging es dann doch bis vor das besetzte Haus, wo den BewohnerInnen Lebensmittel und Wasser übergeben werden konnte.
Am 30.12. wurde frühmorgens schließlich geräumt und das Gebäude unbrauchbar gemacht. Die Polizei hat mit einem Einsatz von 100 BeamtInnen die Hausbesetzung um ca. 7.00h beendet. Das SEK kam u.a. per Hubschrauber übers Dach. Im Anschluss wurde von Bauarbeitern begonnen, die Räume unbrauchbar zu machen (Fenster raus, Türen zuschweisen), außerdem wurde das Haus geflutet.
Am Abend des 30.12.03 demonstrierten rund 150 Menschen spontan gegen die Räumung des am 25.12.03 durch mehrere Personen besetzten Hauses "linkes Ufer". Eine Sprecherin der BesetzerInnen meinte: "Der offensiv entschlossen Charakter der Demo und das zahlreiche Erscheinen der UnterstützerInnen zeigt uns die Notwendigkeit eines aktiven Protestes gegen die neoliberale Politik und für antikapitalistische Perspektiven".

Conne Island [Leipzig]

Das Finanzamt Leipzig hatte im November 2003 dem Jugend- und Kulturzentrum die vorläufige Gemeinnützigkeit für 2004 nicht erteilt. Das Finanzamt bemängelte das politische Engagement des Vereins, obwohl dies seit Jahren auch von offizieller Stelle geschätzt und gewürdigt wird. So wurde der offene Charakter des Conne Islands, eine Grundlage jeder Jugendarbeit, als Grund für die Finanzamtsentscheidung genannt.

Anlass der skandalösen Entscheidung war offensichtlich ein Schreiben des Sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz vom Mai 2003, in dem der Entzug von öffentlichen Fördermitteln für das Conne Island empfohlen wird. Das Papier versucht das allseits bekannte und z.B. von der Heinrich-Böll-Stiftung prämierte Eintreten gegen Rechtsextremismus zu diskreditieren. Gegen den Skandal, dass ein Geheimdienst offen auf die Kulturpolitik der Stadt Leipzig Einfluss zu nehmen versucht, protestieren an den letzten beiden Sonntagen zwischen 800 und 1.000 Personen. Außerdem konnte durch einen Besuch am 26.11.2003 von ca. 150 Sympathisant/inn/en und Vereinsmitgliedern das Finanzamt zu einer Überprüfung der Entscheidung bewogen werden. Eine Solidaritätserklärung zugunsten des Conne Island wurde inzwischen von ca. 400 Personen und Institutionen unterschrieben. Aber auch öffentliche Stellen, wie das Kulturamt Leipzig, setzten sich gegenüber dem Finanzamt für das Conne Island ein.
Daraufhin erhielt der Verein am 10.12.2003 die Mitteilung, dass unter bekannten Bedingungen die Erteilung einer vorläufigen Gemeinnützigkeit möglich ist. Zwar hält das Finanzamt an seiner Auffassung fest, dass "gemeinnütz schädlich" wäre, was der allgemeinen Öffentlichkeit zu Gute kommt, doch scheint eine Einigung in absehbarer Zeit zu gelingen.



Solidaritätserklärung für die VVN/BdA NRW und Ulrich Sander
Offener Brief an die zuständigen Justizbehörden und Aufsichtsbehörden

Am 3. Dezember 2003 wurde die Privatwohnung von Ulrich Sander, dem Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) in Dortmund und das Landesbüro der VVN/BdA Nordrhein-Westfalen in Wuppertal von zehn Vertretern des Staatsschutzes durchsucht. Begründet wird dies mit dem haltlosen Vorwurf der Amtsanmaßung! Ulrich Sander wird laut Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Dortmund beschuldigt, Briefe mit dem Briefkopf und Namenszug des Leiters der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Verbrechen bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund verschickt zu haben. Ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht hatten in diesem Jahr Briefe mit dem Briefkopf der Zentralstelle erhalten, in denen den Empfängern eröffnet wurde, dass gegen sie wegen NS-Kriegsverbrechen auf der griechischen Insel Kephallonia ermittelt würde.
Die nun erfolgte Durchsuchung und Beschlagnahmung des PC`s und persönlicher Briefe von Ulrich Sander, der sich u.a. mit der Recherche zu NS-Verbrechen in Griechenland befasst, werten wir als Angriff auf diejenigen, die sich mit der Aufklärung von NS-Verbrechen beschäftigen. Und angesichts der ungesühnt gebliebenen Verbrechen sehen wir sie auch als Ausdruck von Zynismus und Hohn gegenüber den Opfern des NS-Regimes!
Wegen der Erschießung von über 5.000 italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia ist es in der Bundesrepublik nie zu einer Strafverfolgung und Verurteilung der Täter gekommen, Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Keine Ausnahme, sondern eine Traditionserscheinung der deutschen Justiz.
Die VVN hatte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege in diesem Jahr den Staatsanwaltschaften in München, Dortmund und Ludwigsburg wiederholt eine Liste mit über 200 Namen und Adressen von möglichen Tätern an Massakern in Griechenland und Italien übergeben und die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen aufgefordert.
Die Schreiben mit dem Briefkopf der Zentralstelle zur Bearbeitung von NS-Verbrechen dienen offensichtlich als Vorwand für die Kriminalisierung eines antifaschistisch engagierten Journalisten und Buchautors, während wegen der Morde an Tausenden von Menschen immer noch keine Gerichtsverfahren eröffnet werden.
Die Zentralstelle in Dortmund steht sowohl unter Leitung von Klaus Schacht als auch von Ulrich Maaß leider nicht im Verdacht schnell gegen NS-Kriegsverbrecher zu ermitteln. Massenhaft wurden in den vergangenen Jahrzehnten Verfahren gerade gegen Mitglieder der deutschen Wehrmacht eingestellt.
Sogar im öffentlich stark beachteten fall Kephallonia läuft die Ermittlung der Adressen der Tatverdächtigen so langsam, bis der letzte Gebirgsjäger gestorben ist. Anstatt die Mitgliederkartei des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe" in München zu beschlagnahmen, die Geburtstagsgrüsse der alten Gebirgsjäger in ihrer Vereinszeitung „Die Gebirgstrupp" zur Kenntnis nehmen oder sich die einschlägigen Telefonbücher in Österreich und Deutschland zu besorgen, werden jahrelang in Amtshilfe von Einwohnermeldeämtern und Auslandsvertretungen die Adressen der mutmaßlichen Täter gesucht. Auch für das jüngst eröffnete Verfahren gegen den niederländischen SS-Mann Herbertus Bikker vor dem Landgericht Hagen hat die Behörde von Ulrich Maaß acht Jahre gebraucht, obwohl ein Geständnis des Mörders im Magazin „Stern" nachzulesen war.

Wir fordern die Herausgabe der kopierten Dateien und die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Ulrich Sander!
Wir fordern , Ermittlungen und Strafverfahren nicht als Mittel der Einschüchterung gegen AntifaschistInnen zu verwenden, sondern diejenigen strafrechtlich zu belangen, welche die Ermordung von Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen im Zuge deutscher Besatzungsherrschaft und Großmachtsstreben organisiert und durchgeführt haben!
Wir fordern die Verfolgung und Verurteilung der NS-Kriegsverbrecher und die Entschädigung aller NS-Opfer!

Die glorreichen Sieben

Nach mehrwöchigem Hungerstreik und internationalen Protesten haben die griechischen Behörden die sieben Gefangenen des EU-Gipfels im Juni freigelassen. von ralf dreis, thessaloniki

Der Jubel in der besetzten Theologischen Fakultät der Universität von Thessaloniki ist riesig. Die sieben Gefangenen, die während des EU-Gipfels im Juni festgenommen wurden, sind nach der Entscheidung des zuständigen Amtsgerichts in Thessaloniki mit Meldeauflagen aus der Haft zu entlassen, teilen die Anwälte per Telefon mit. Spontan blockieren die 200 Besetzer am Mittwoch vergangener Woche die Hauptverkehrsader vor der Universität. Eine rauschende Party beginnt.

Die Entlassung ist ein großer Triumph der Solidaritätsbewegung über die Staatsraison. Bis zuletzt hatten die eingesetzten Polizeibeamten mit Folter und Schikanen versucht, den Hungerstreik von fünf der Inhaftierten zu brechen. Noch vier Stunden vor der Entscheidung des Gerichts hatte die Staatsanwaltschaft versucht, eine Zwangsernährung der Hungerstreikenden durchzusetzen, was aber von den behandelnden Ärzten verweigert wurde. Unterstützung erhielten sie dabei von führenden Politikern der sozialdemokratischen Pasok-Regierung.

Regierungssprecher Christos Protopappas betonte am Anfang vergangener Woche im Anschluss an den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Untersuchungshaft bis zum Prozess aufrechtzuerhalten: »In Anbetracht der Ausmaße des Falles kann keine Rede von Verzögerung sein.« Die Vorwürfe, dass Polizeibeamte die Kommunikation der Hungerstreikenden mit ihren Anwälten unterbrochen und sich der Folter schuldig gemacht hätten, entbehre jeglicher Grundlage. Ärzte, Anwälte und Unterstützergruppen hatten in den Wochen zuvor immer wieder die Einschränkung grundlegender demokratischer Rechte, die Behinderung der ärztlichen Arbeit, Folter sowie die angeführten Haftgründe bemängelt, die ihrer Ansicht nach lediglich auf polizeilichen Konstrukten beruhten.

Wegen des sich rapide verschlechternden Gesundheitszustands der Hungerstreikenden schlossen sich in der letzten Woche zahlreiche Organisationen und Prominente der bis dahin fast ausschließlich von anarchistischen Gruppen getragenen Solidaritätsbewegung an. In sechs Städten wurden Universitätsgebäude besetzt und in Aktionszentren umgewandelt.

Ständige Demonstrationen, die Besetzungen von Rathäusern, Radiostationen und Universitäten und mehr als fünfzig Anschläge auf Banken und staatliche Gebäude seit Anfang Oktober hatten den Hungerstreik zuvor zum öffentlichen Thema gemacht. Selbst die griechischen Massenmedien kamen nun nicht mehr um die tägliche Berichterstattung herum.

Galt im Sommer noch eine Art Kollektivschuld für alle, die sich am so genannten Black Block beteiligt hatten, wurden nun die Begleitumstände der Festnahmen interessant. Plötzlich dokumentierten die Medien die brutale Verhaftung des Engländers Simon Chapman, der gut sichtbar einen lila-blauen Rucksack trug. Kurze Zeit später stellte eine als Demonstrantin verkleidete, vermummte, mit Gasmaske ausgerüstete Beamtin einen schwarzen Rucksack voller Molotowcocktails vor ihm ab.

Auch die Festnahme des seit 1989 in Griechenland lebenden, von Abschiebung bedrohten Syrers Suleiman »Kastro« Dakduk wurde wieder aufgerollt. Zeugenaussagen belegten, dass Kastro bis zu dem Moment, in dem die Polizei die Demonstration mit Tränengas auflöste, Flugblätter verteilt hatte. In der allgemeinen Panik flüchtete er zu einer Gruppe von Vermummten, die sich als Beamte zu erkennen gaben und ihn festnahmen.

Kastro, der in Syrien geboren wurde, engagierte sich schon als Jugendlicher in oppositionellen Gruppen, verweigerte den Militärdienst und floh schließlich 1989 nach Griechenland. Als Gründungsmitglied des »Vereins Syrischer Regimegegner« und der »Antirassistischen Vereinigung Rethimnon« und als aktiver Gewerkschafter setzte er sich auf Kreta erfolgreich gegen Abschiebungen zur Wehr. Zweimal wurde er verhaftet und sollte abgeschoben werden, was verhindert werden konnte. Als Aktivist der antirassistischen Bewegung trat er in der Folge in ganz Griechenland als Redner auf.

Gegen die Schikanen bei der Festnahme, die Verweigerung von Dolmetschern und medizinischer Betreuung konnte zwar zunächst wenig unternommen werden, doch im Laufe des Hungerstreiks änderte sich die Situation. Anfang November erregte die Einlieferung des Spaniers Carlos Martinez in ein Krankenhaus die öffentliches Aufsehen. Mit Handschellen gefesselt, wurde er im Krankenhaus von Polizeibeamten geschlagen und schikaniert. Der behandelnde Arzt beklagte am folgenden Tag die »Besetzung des Krankenhauses durch 60 bis 70 vermummte und mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten«.

Nachdem in der Nacht zuvor alle fünf Hungerstreikenden ins Krankenhaus verlegt worden waren, erklärte die Ärztevereinigung Thessaloniki am 10. November, dass »die Gefangenen sich nach 40 bis 50 Tagen Hungerstreik an einem Punkt befinden, wo offensichtlich ihre körperliche Unversehrtheit gefährdet ist. Wir wissen nicht, ob eine neue Ära begonnen hat, in der Gefangene in Ketten zum Arzt geschleppt werden, um unter den wachsamen Augen von Polizisten mit Maschinenpistolen untersucht zu werden. Sollte dies wirklich so sein, so sind wir nicht bereit, uns an diesem Verbrechen zu beteiligen, das der Medizin, der Moral und der Berufsethik widerspricht.«

In der folgenden Nacht wurden die fünf Gefangenen aus dem Krankenhaus in Thessaloniki in den 500 Kilometer entfernten Knast Korydállos nach Athen entführt, wobei die Hungerstreikenden mit Handschellen an die Sitze gefesselt wurden.

Nach Demonstrationen vor griechischen Botschaften in Spanien, England, Frankreich und Deutschland internationalisierte sich die Bewegung ab Mitte November. Amnesty international erkannte die Inhaftierten als politische Gefangene an und forderte ihre Haftentlassung; 28 linke Abgeordnete des Europaparlaments – unter ihnen drei der deutschen PDS – schlossen sich auf Initiative der griechischen Linksallianz dieser Forderung an.

Zuletzt schickte amnesty international vergangene Woche eine Erklärung an den griechischen Innenminister Kostas Skandalidis, in der eine »tiefschürfende, unabhängige und unparteiische Untersuchung« aller Vorwürfe gefordert wird. Die griechischen Behörden sollten sicherstellen, »dass die Opfer eine ausreichende Entschädigung erhalten und die Schuldigen solcher Menschenrechtsverletzungen der Justiz zugeführt werden, falls sich die Anschuldigungen bestätigen«.

Ein halbes Jahr vor den Olympischen Spielen ist damit der Versuch des griechischen Staates gescheitert, die exemplarische Bestrafung radikaler Opposition ungeachtet der eigenen Gesetzgebung zu etablieren. Was in Schweden in Folge des EU-Gipfels von Göteborg ohne größere Proteste manifestiert wurde, konnte in Griechenland durch den Widerstand der anarchistischen Bewegung und mit Hilfe der Öffentlichkeit vorerst abgewehrt werden.

Dieser Text war und ist aus der jungleworld entliehen, die Red.

Wir zahlen nicht, wir zocken!

Hamburg umsonst meets YOMANGO
Die Oma, die Haarnadeln in ihrer Manteltasche verschwinden lässt, der Vater, der Babynahrung im Kinderwagen versteckt, die Angestellte, die Büromaterial mit nach Hause nimmt, die Studentin, die das Mensaessen an der Kasse vorbei schleust, die Erwerbslose, die keinen Fahrschein löst: alltägliche Handlungen, die jede kennt. Diese alltäglichen Praxen gilt es sichtbar zu machen und gemeinsam zu artikulieren.

Seit Jahren werden wir vollgejammert mit der Aufforderung den Gürtel enger zu schnallen: „Wir müssen alle sparen". Wir sagen: Es ist genug für alle da! Die Zeit der Appelle ist vorbei, erkämpfen wir uns Freiräume und eignen wir uns den gesellschaftlichen Reichtum an. Tagtäglich werden wir betrogen, um unsere Arbeitskraft, unsere Kooperationsfähigkeit, unsere Ideen, unsere Gefühle und Wünsche. Im Kapitalismus werden unsere Ideen, Gefühle, Wünsche und selbst unsere Rebellion zur Ware gemacht. Die Antwort darauf kann nur sein, dass wir uns unsere Vorstellungen, unser Leben wiederaneignen. Diese Praxis verstehen wir als Artikulation sozialer Konflikte, die keine Kompromisse macht.
Die Beispiele für Aneignung sozialer Räume oder Produktionsstätten sind vielfältig. In Argentinien haben ArbeiterInnen Fabriken Instandbesetzt, in Mexiko kämpfen die zapatistischen Bauern mittlerweile seit 10 Jahren um die Wiederaneignung ihres Landes, in vielen Städten haben sich Aneignungs-Kampagnen entwickelt wie zum Beispiel YOMANGO in Barcelona und Madrid oder die Umsonst-Kampagnen, die ein Leben jenseits kapitalistischer Verwertungslogik denkbar machen. YOMANGO hat einen spielerischen und symbolischen Umgang mit Symbolen des Kapitalismus entwickelt, nicht nur Labels sondern auch Waren werden in theatralischen Aktionen befreit und in eine andere Zirkulationssphäre überführt.
Auch hier zu Lande sind seit über einem Jahr, in mehreren Städten Umsonst-Kampagnen entstanden. In Berlin wurde das Prinzenbad gestürmt, in Dresden wurde sich ein Theaterbühne angeeignet. In Hamburg wurde im Rahmen des Aktionstages „Halbzeit. Ende. Aus.", der Versuch gemeinsam und umsonst ins Kino zu gehen von einem Großaufgebot der Polizei beendet. Anknüpfend an die Studierendenproteste und insbesondere gegen die Erhöhung der Mensapreise gingen 60 Leute umsonst in der Mensa essen - Aneignung kann erfolgreich sein!
Für uns hat sich gezeigt, dass die symbolische Politik der vergangenen Jahre uns in die Defensive gedrängt hat. Aus dieser gilt es heraus zu treten und sich Räume und Dinge kollektiv anzueignen. Es kann nicht um die Verteidigung erbärmlicher Verhältnisse gehen, sondern um eine Welt jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung. Einer anderen Gesellschaft kommen wir nicht durch Appelle näher, sondern durch sozialen Ungehorsam.

Hamburg Umsonst ist ein Label, eine Idee, eine Aktionsform, eine Kampagne, an der sich alle beteiligen können. Wir wollen an bestehende soziale Kämpfe anknüpfen, um eine Perspektive für gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.
Alles für Alle und zwar umsonst!
Hamburg Umsonst

Hier dokumentieren wir einen Text zur Kampagne YOMANGO, Barcelona 2001

Es ist so lange her, dass nur die Ältesten sich erinnern noch können: die Grenzen innerhalb der Realität waren deutlicher (zwischen Privatleben und Öffentlichkeit, zwischen Arbeit und Freizeit).
Eine der traditionellen Arten dem Glück hinterher zu laufen war diese: auf das nächste Leben warten, es im Jenseits zu finden, vorausgesetzt, du hast in diesem genügend gelitten.
Schritt für Schritt hat ein schleimiges Ding namens Kapitalismus alles erobert und jetzt brauchst Du nicht einmal den Ablassbrief kaufen, noch auf eine Revolution warten, um glücklich zu sein: Dank des globalen Marktes existiert das exakte, rettende, revolutionäre globale Produkt, das Du brauchst. Und das ist für jedeN verfügbar. Das Glück manifestiert sich bezogen auf das, was Du kaufen kannst.
Jetzt muss mensch nicht auf den Tag des jüngsten Gericht warten, auf den Fall der Bastie oder auf die Einnahme des Winterpalastes: Dank des Produkts oder der vermarkteten Lebensform, die Du brauchst, kannst Du hier und jetzt glücklich sein. Das Kapital hat uns gezeigt, schlauer, vielversprechender und überzeugender zu sein, als jede andere politische und religiöse Scheisse.
Von einer Ecke in Manhattan bis hin zum letzten, fast vergessenen Land mitten auf diesem Planet, immer wenn es Geld gibt, können wir alles kaufen, was uns glücklich macht, um so in diesem Prozess, das Rad der Globalisierung weiter zu schmieren.
Es gab einen Künstler der seine eigene Scheisse in einer Dose verpackte und als Kunststück "Künstler Kacke" verkaufte.
Der Kapitalismus ist noch effektiver: Er muss nicht mehr scheissen, er eignet sich deine eigene Scheisse, deine Wünsche, deine Bedürfnisse, deine Erfahrungen, deine Lebensformen an: Er verpackt sie und verkauft es dir wieder.
Eigentlich ist es immer so gewesen: der Kapitalismus hat deine Kraft und deine Arbeit ausgebeutet; jetzt beutet er auch was Du denkst, fühlst und wünschst aus. Er beutet deine Leidenschaften, deine Sexualität und dein ganzes Leben aus. Er beutet unsere kollektive Intelligenz aus.

Wir sind nicht sicher, ob es ein Außerhalb des Kapitals gibt, aber wir wissen dass wir da drinne in diesem Kapital sind, er uns als Subjekt konstituiert, und dass es von Innen möglich und nötig ist, die grosse Maschine, die alles zerfrisst zu zerstören. Gestern war es notwendig, die Sabotage und die Abneigung der Lohnarbeit politisch zu organisieren: Heute ist es notwendig, den Konsum, der ihm assoziierte materielle und immaterielle Anhang und die Logik des wirtschaftlichen Austauschs zu untergraben.

YOMANGO wie jede Marke verspricht einen neuen Lebensstil: gegenüber dem Risiko, von dem globalisierten Empire absorbiert zu werden, kontrolliere Dich selber nicht, eigne Dir alles an, was Du Dir wünschst ohne Skrupel. Die Alten urteilten: jedeR nach seinem/ihrem Bedürfnisse. YOMANGO proklamiert: jedeR soll nach seinen/ihren Wünschen greifen, jedeR entscheidet, welches seine/ihre Bedürfnisse sind.
Zerlege die Konsumlogik, indem Du die Form von Verteilung, Besitz und Akkumulation von Gütern untergräbst. Erfülle deine Wünsche und die von deinen Mitmenschen. YOMANGO stellt das Vergnügen des Lebens wieder her. Schluss mit den Opfern!: Seien wir glücklich, sau glücklich!
YOMANGO fordert den organisierten und verbreiteten sozialen Ungehorsam. Das ist die Voraussetzung der neuen politischen Subjekte, die das Imperium von innen zu untergraben sucht. Wenn das Schlechte dein Leben erobert, dann stellt YOMANGO sich mit der Möglichkeit auf in jedem Akt, in jeder täglichen Geste ungehorsam zu sein.
YOMANGO sagt: Es gibt keine zukünftigen glücklichen Welten. Es gibt weder realer noch irrealer Masse, noch Völker, die es zu organisieren gilt. YOMANGO ist die Marke des Ungehorsams der Menge, die absichtlich im Inneren der Bestie operiert. Die Marke der gewünschten, herausfordernden und glücklichen Körper, die sich im Inneren der Bestie festfressen, um ihre Basis zu zerstören.

YOMANGO sagt: freien Austausch ohne Ende und extremes Glück!!
Kommerzielle Zentren, internationale Konzerne, kommerzielle Marken und Franchising: Spekulanten ohne Grenzen, Kontrolleure des Imperiums.
All jenen, die gleichzeitig den Exzeß und die Prekärisierung anführen, was zwei Seiten der gleiche Medaille sind: Gib Ihnen jeden Tag einen Tritt in den Arsch und sei dabei glücklich. Alleine oder in Gesellschaft, als KonsumentInnen oder prekärisierte ArbeiterInnen. Mit den passenden Mitteln oder einfach so. Und gut ist.

Graffitischutz für deutsche Erinnerungsarbeit

Über die Beteiligung der Firma Degussa am Bau des Holocaust-Mahnmals

Wenn die deutsche Politik sich der nationalsozialistischen Vergangenheit stellt, sie nicht verdrängen will, sondern um ihre Erinnerung bemüht ist, kann man nie ganz sicher sein, was am Ende dabei heraus kommt. Mal mag es eine harmlose und unverbindliche Sonntagsrede werden, ein anderes mal wird der erste Angriffskrieg von deutschem Boden seit 1945 mit der Notwendigkeit, den Anfängen zu wehren, legitimiert. Und schließlich gibt es, wie in der Auseinandersetzung um die Beteiligung der Firma Degussa am Bau des Holocaust-Mahnmals, die Variante von Erinnerungsarbeit, bei der man nicht weiß, ob man sich über die Unverfrorenheit aufregen soll, mit der aus der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus Kapital für die nationale Sinnstiftung geschlagen wird, oder ob man sie als weiteres Anzeichen der Hoffnung interpretieren sollte, dass der Zerfall historischen Bewußtseins unaufhörlich fortschreitet und nicht viel mehr als vollends verwirrte Individuen zurückläßt.
Für letzteres spricht auch das Bonmot des Bundeskanzlers Schröder, dass das Mahnmal ein Ort sein müsse, zu dem man gerne hingehe. Anstatt nach Weimar zu den großen deutschen Dichtern oder in den Freizeitpark am Wochenende mal ein Familienausflug nach Berlin zum Holocaust-Mahnmal, mit Schnittchen und einem fröhlichen deutschen Volkslied auf den Lippen ? Was der Bundeskanzler sich genau vorstellte, blieb im Dunkeln. Deutlich wurde nur die Zielsetzung des Mahnmals, dass es nicht wie man naiverweise annehmen könnte, den Opfern des Holocaust gewidmet sei, sondern den Tätern bzw. ihren Nachkommen. Deshalb wies der ehemalige, inzwischen verstorbene Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, die an ihn gestellte Frage, was denn der Zentralrat zum Bau des Holocaustmahnmals sagen würde, mit der Bemerkung zurück, dass das die Deutschen entscheiden müssten, dass die Juden das Mahnmal nicht bräuchten. In der Frage an Bubis schwang die Hoffnung nach Absolution der Deutschen durch die Juden mit, die Bubis aber verweigerte.

Dass auf der anderen Seite die »Monumentalisierung unserer Schande« (Walser & Co) gleichzeitig nach außen dem schnöden Zweck dient, die deutsche Vergangenheit und ihre »Bewältigung« in Stein zu hauen, um schlußendlich der Welt zeigen zu können, dass man die Deutschen nicht mehr mit dem Hinweis auf Auschwitz mißtrauisch beäugen sollte, versteht sich von selbst. Das Holocaust-Mahnmal ist die Monumentalisierung des immer ersehnten Schlußstrichs unter die nationalsozialistische Vergangenheit.

Ein Schlußstrich allerdings, der anders funktioniert und andere Konsequenzen nach sich zieht als Walser & Co und die antifaschistische/antideutsche Linke sich das vorstellen. Die nationalsozialistische Vergangenheit wird gerade dadurch scheinbar zum Verschwinden gebracht, dass sie wach gehalten wird. Sie soll ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingehen, negativ als das alle Deutschen verbindende Verbrechen, positiv als kollektive »Bewältigung« dieses Verbrechen. Die neudeutsche Erinnerungsarbeit will nicht nur etwas Verdrängen, was die Rechte momentan zumindest noch als ein solches Makel begreift, dass einfach »weg« sollte, sondern sie will die Sinnstiftung der Nation nach innen qua Integration erneuern - was gerade in Krisenzeiten wichtig ist, um die Dissoziation der Staatsbürger einzugrenzen. Die Widersprüchlichkeit dieses Vorgangs, eine deutsche Identität in der Ermordung von Millionen Menschen zu konstituieren und diese 50 Jahre später mittels Erinnerung an die Ermordeten zu erneuern, läßt sich nicht wegbügeln - auch nicht in der Kritik. Sie ist der Grund, warum mal wieder »hinter dem Rücken der Akteure« etwas herauskommt, was einige an der Erinnerung Beteiligte nicht unbedingt intendiert hatten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Schädlingsbekämpfung: Schädlingsbekämpfung, Massenvernichtung, Graffitischutz

Das Bekanntwerden der Beteiligung der Firma Degussa am Bau des Mahnmals sorgte ein letztes mal für »Irritationen«, die inzwischen aber wieder beseitigt wurden. Ende Oktober 2003 wurde öffentlich bekannt, dass die Firma Degussa, deren Untergesellschaft Degesch (Deutsche Gesellschaft zur Schädlingsbekämpfung) während des NS das Gas Zyklon B zur Vernichtung in den Gaskammern produziert und geliefert hatte, am Bau des Mahnmals u.a. über die Lieferung eines Graffitischutzes für die Stelen beteiligt ist, woraufhin der Bau kurzfristig unterbrochen wurde. Vielleicht zum letzten mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde für einen kurzen Moment auf die »Bedenken der Opfer« Rücksicht genommen: Rücksicht darauf genommen, dass ihnen unwohl bei dem Gedanken ist, ein Mahnmal zu besuchen, das an die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden erinnern soll, an dessen Entstehung aber ausgerechnet die Firma beteiligt sein soll, unter deren Verantwortung und Leitung das Mittel hergestellt worden war, das einem großen Teil der Ermordeten einen grauenvollen Tod bescherte und für die Effizienz der letzten Stufe des Vernichtungsprozesses garantierte.

Wie der Name schon sagt, war die Degesch eine Firma, die mit Hygienemaßnahmen ergo mit Schädlingsbekämpfung ihr Geld verdiente. Sie hatte sich darauf spezialisiert, Gase zu entwickeln, mit denen Gebäude, Kleidung und Menschen entseucht werden konnten. Nur folgerichtig, dass eine Firma, die sich auf Schädlingsbekämpfung spezialisiert hatte, schließlich beauftragt wurde an der Beseitigung derjenigen mitzuwirken, die in der Nazi-Terminologie nur noch als Parasiten, Ungeziefer und Schädlinge galten. Ab 1942/43 belieferte sie das Vernichtungslager Auschwitz, dessen Kommandant Rudolf Höß, nach einer Besichtigung des Vernichtungslagers Treblinka zu dem Schluß gekommen war, dass die dort angewandte »Kohlenmonoxid-Methode« nicht effizient genug sei, weswegen er für sein Lager, das in Architektur und Führung das perfekteste sein sollte, nach Zyklon B verlangte. Das technische Problem, das sich Zyklon B nicht vor Ort herstellen ließ und lediglich eine Haltbarkeit von drei Wochen besaß, erforderte das sprichwörtliche deutsche Organisations- und Innovationstalent. Bei allem durch den Krieg bedingten Chaos und der Konkurrenz zwischen Abteilungen, Militär, Partei und Industrie verlief die Lieferung des Gases bis März 1944 zuverlässig - bis die Dessauer Fabrik bombardiert wurde. Aber auch diese Störung von außen wurde schließlich gemeistert, so dass Produktion und Vertrieb des Gases bis zum Ende aufrechterhalten werden konnte.

Das ist der grob gezeichnete Hintergrund für die »Bedenken«, die wiederum in Deutschland nur von den Überlebenden geäußert werden, und die die gutmeinenden Zivilgesellschaftler qua der grossen Erinnerungsarbeit, die man geleistet habe,



meinen, endgültig beiseiteschieben zu können. Am 13.11. 2003 beschloss das »Kuratorium der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas« in einer außerordentlichen Sitzung, nach einer selbstredend »emotional« geführten Debatte, unter Vorsitz des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse den Bau des Mahnmals mit Degussa fortzusetzen. Drei Argumente hätten schließlich den Ausschlag gegeben: Erstens sei die Degussa ja nicht die einzige »historisch belastete« am Bau beteiligte Firma und es wäre doch irgendwie ungerecht nur sie auszuschließen. Ein Argument, dass der Wahrheit, der letztlich ungebrochenen Kontinuität des Nationalsozialismus, ziemlich nahekommt. Zweitens hätte sich die Degussa ihrer Vergangheit gestellt und es würde sich nicht mehr um die gleiche Firma wie damals handeln. Als Lüge stimmt auch dieses Argument, weil es vom engagierten Pädagogen über Kommunalpolitiker, deutscher Industrie bis zum höchsten Repräsentanten des deutschen Staates überall der gleiche Mechanismus ist: Die mehr oder weniger intensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beginnt zu einem Zeitpunkt, an dem die personelle Kontinuität nicht mehr vorhanden ist, die alten demokratisch gewendeten Nazis in Rente gegangen sind, und an dem das Bekenntnis keine Konsequenzen mehr nach sich zieht. Dort, wo zumindest noch materielle Forderungen im Raum stehen wie bei der Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen und der Auflösung der I.G. Farben zeigt sich dann, dass Moral und Erinnerung auf der einen und politische und materielle Konsequenzen auf der anderen Seite kaum zusammengehen. Im Übrigen auch ein Punkt, an dem die Unmöglichkeit deutlich wird, innerhalb des deutschen Gemeinwesens die nationalsozialistische Vergangenheit zu bewältigen: Wenn auch nur annährend angemessene materielle Entschädigung und Reparationen für die Ermordung, die Zwangsarbeit, den Raub und die Zerstörung geleistet würde, müsste die Bundesrepublik Deutschland ihren Bankrott erklären. Und das sie das nicht macht, kann man ihr kaum zum Vorwurf machen.

Das dritte, nach Aussage Thierses wohl ausschlaggebende Argument war, dass sich der Bau des Mahnmals auf unabsehbare Zeit verzögern würde - wie sich später herausstellte hatte die Degussa auch den Betonverflüssiger für das bereits gegossene Fundament geliefert. Kurz um, das ganze Projekt hätte mit dem Ausschluß Degussas scheitern können. Und hier schließt sich der Kreis, hier setzt sich nach einigen Verkehrungen, Verwirrungen und Irritationen die Kontinuität des deutschen Geistes am Ende durch: So wenig der Vernichtungsprozess durch moralische Bedenken, Sabotage und Verweigerung von innen sich aufhalten ließ, so wenig läßt man sich heute in der Erinnerung an diesen Prozess aufhalten. Oder in den Worten der WELT vom 14. Nov. 2003, deren Gültigkeit man sich für die Zeit, die da erinnert werden soll, vor Augen halten muss: »Ohne Degussa wäre der Zeitplan in Gefahr geraten«.

Das Geheimnis der Erlösung

Die Funktion, die das Holocaust-Mahnmal für die Bundesrepublik Deutschland haben soll, läßt sich am ehesten mit der Funktion der offiziellen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Israel, Yad Vashem, vergleichen. Irgendwann muss es deutschen Politikern in der »Halle der Erinnerung«, zu der jeder offizielle Staatsbesuch in Israel gehen muss, bevor über gegenwärtige politische, wirtschaftliche und militärische Fragen gesprochen wird, gedämmert haben, dass ein solcher zentraler, das nationale Gedächtnis formender Ort, ein dufte Sache ist. In Yad Vashem kann man viel über die Versuche erfahren, die Erinnerung an die Toten wachzuhalten und die Dimension der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden darzustellen. Noch mehr erfährt man aber - im Vergleich zu weniger staatsoffiziellen Gedenkstätten in Israel - über die israelische Gesellschaft selbst, über die Notwendigkeit aus dieser Geschichte eine Sinnstiftung abzuzweigen, die die Nation bei allen Widersprüchen, die einer bürgerlichen Gesellschaft eigen sind, zusammenhält bzw. in diesem Fall überhaupt erst konstituiert. Wie bereits die völkischen Nazis schon immer vom Judentum fasziniert waren, weil es eine Relionsgemeinschaft war, die sich durch Jahrhunderte der Verfolgung erhalten hatte und sich gegen den Assimilationzwang des bürgerlichen Staates gewehrt hatte (das völkische Ideal: ein Volk über Staatsgrenzen hinaus, wobei das Judentum von den Nazis wiederum nicht als Religionsgemeinschaft sondern als Rasse verstanden wurde), so scheint sich dieses Muster bezogen auf die Erinnerung heute zu wiederholen.

Wenn im Talmud, der nachbiblischen Sammlung der Gesetze und Überlieferungen des Judentums, bereits steht: »Das Geheimnis der Erlösung ist Erinnerung« (worauf Ignaz Bubis immer hinwies, um die Notwendigkeit der Erinnerung zu betonen), so scheinen sich die bürgerlichen Deutschen auch diesen Gedanken zu eigen machen zu wollen: Erlösung von einer Schuld, die ihnen das normale Deutschsein verunmöglicht, vermittelt durch eine Erinnerung, in der am Ende die Opfer der Geschichte verschwinden - selbst wenn ihre Namen in Stein gemeißelt sein sollten.

Was im einen Fall, im Fall Israels, legitim und politisch notwendig sein mag, ist im anderen Fall eine derart nur den Deutschen eigentümliche moralische Unverfrorenheit, dass der Skandal niemandem mehr auffällt. Die Linken, von Antifas bis Antideutsch, sind dankbar ob der Walsers, Hohmanns, revidierter Wehrmachtsaustellung usw., diese wiederum ahnen den moralischen und politischen Widerspruch der bürgerlichen Erinnerungsarbeit und schlachten ihn für ihre Zwecke aus. Sie akzeptieren die Erinnungsarbeit, soweit sie Souveränitätsgewinn abwirft und die Rückkehr zu revisionistischen Forderungen auf neuer Stufenleiter ermöglicht, sie haben kapiert, dass man ein unverbindliches Schuldbekenntnis ablegen muss, um dann endlich wieder auf die »eigentlichen« Kriegsverbrecher Bomber Harris und die eigentlichen Opfer, die zu entschädigenden Deutschenzu kommen. So finden sich alle am Ende auf ihren angestammten Plätzen wieder, ohne dass begriffen wird, was da eigentlich vor sich geht und inwieweit durch diese Dynamik die antifaschistische Linke ihren Bezugspunkt verliert.

Konsequenzen für eine linksradikale antifaschistische Erinnerung und Praxis

Worum es hier geht, ist in Ansätzen begreifbar zu machen, dass sich die Kontinuität des Nationalsozialismus und damit der stetige Wiederholungszwang nicht bloß auf der Seite der Nazis, Walsers und Hohmans durchsetzt, sondern ebenso durch die bürgerlichen AntifaschistInnen hindurchgeht bzw. durch ihre Form der Erinnerungsarbeit sich durchsetzt. Dass dem so ist, ist aber nicht bloß einer subjektiven, moralischen Schwäche der linken und liberalen Protagonisten geschuldet,

sondern hat damit zu tun, dass am Ende aller noch so gut gemeinten Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus die deutsche Nation und der deutsche Staat bestehen bleiben. D.h. auf der Ebene der Repräsentanten dieses Staates, ob Außenminister, Bundestagspräsident oder Kommunalpolitiker, dass am Ende jede Erinnerung stets in die Erneuerung der Institution und Ideologie mündet, die der Grund für die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden war (bzw. all´der Menschen, die von den Nazis wieder zu Juden gemacht wurden und der Menschen, die ebenso als lebensunwert galten, körperlich und geistig behinderte Menschen, Sinti und Roma, Russen usw. - ein sprachliche Unmöglichkeit, das Ganze vernünftig - außerhalb der Naziterminologie - auszudrücken).

Die radikale Linke muss sich der Widersprüche bewußt werden, die mit der Durchsetzung der selbstbewußten Nation einhergehen anstatt sie bloß moralisch anzuklagen und sich wieder gemütlich im alten Koordinatensystem einzurichten. Wie in allen anderen politischen Fragen auch hat man es mit zwei Varianten zu tun: Kapitalismuskritik heißt immer gegen die bürgerliche Aufrechterhaltung der Verhältnisse und gegen ihre regressive Abschaffung zugunsten der Verewigung von Herrschaft, Patriarchatskritik heißt immer gegen den falsche Abstraktion der Gleichheit und gegen die Verewigung der Ungleichheit als naturbedingte usw. Den anderen, Bürgern und Nazis geht es nicht anders: Die Bürger haben ihre Totalitarismustheorie, sehen sich von links wie rechts bedroht, haben sich historisch aber letztlich immer für rechts entschieden, weil die Nazis zumindest die Eigentumsverhältnisse unangetastet gelassen haben - insofern es sich um »arische« Eigentümer handelte. Die Nazis hassen die Bürger für ihre Verlogenheit, kapieren wie die Linken den falschen Schein der bürgerlichen Gesellschaft (von Demokratie und Markt) und sie hassen die Linken dafür, dass ihre Konsequenz nicht die Verewigung sondern die Abschaffung von Herrschaft überhaupt ist.
Der ideelle bundesrepublikanische Gesamtdeutsche besteht aus zwei ideellen Gesamtdeutschen: Dem verdrucksten, sein Inneres nach Außen kehrenden deutschen Dichter Martin Walser und dem linksliberalen, gegen Rassimus und Antisemitismus engagierten Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse. Der deutsche Bundeskanzler versucht als Kanzler aller Deutschen beide in sich zu vereinigen und produziert entprechend nur Murks. Wolfgang Thierse ist einerseits ein in Deutschland seltenes und traditionsloses Exemplar eines engagierten Liberalen, der nicht nur schöne Worte macht, sondern sich auch praktisch für Toleranz und gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzt. Es kann sein, dass er auf seinen Veranstaltungen in Ostdeutschland mehr für die Eindämmung des Rassismus bezwecken konnte als alle Flugblätter der radikalen Linken in den letzten 10 Jahren zusammen es vermochten. Auf der anderen Seite läßt er aber nicht nur die Institutionen unangetastet, die den Rassismus produzieren, sondern er reprodzuiert ihn auch ideologisch als Multikultikulturalismus: Toleranz zwischen Deutschen und Nichtdeutschen setzt voraus, dass es zwischen ihnen wesentliche Unterschiede geben muß, die dann toleriert werden sollen. Ebenso verhält es sich mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit.

Die radikale Linke muss sich die Frage stellen, wie sie zum bürgerlichen Antifaschismus steht und was die Erinnerung an den Nationalsozialismus nach der staatlichen Aneignung für sie noch bedeutet. Es reicht einfach nicht, fast schon dankbar auf den nächsten Naziaufmarsch im Januar in Hamburg zu warten und immer weiter implizit das bessere Deutschland (in diesem Fall die revidierte Wehrmachtsausstellung) zu vertreten. Ebensowenig reicht es, seine ganze Energie in die Identifikation mit Israel zu stecken, ebenso dankbar von einer »Verschiebung des Zentrums des Antisemitismus« zu sprechen (weg von Deutschland hin zu den Arabern und Islamisten oder nach Frankreich) und wahlweise auf die Stärke der israelischen Armee oder die ehemaligen Allierten (hier vor allem die USA) zu hoffen. Es bleibt nur, sich der Einsicht zu erinnern, dass Antisemitismus und Nazifaschismus sich auf einer bestimmten gesellschaftlichen Grundlage erheben, und solange diese nicht angetastet wird, sich das Ganze - in welcher verdrehten Form auch immer - wiederholen wird.

Das Holocaust-Mahnmal soll zum 8. Mai 2005, dem Tag der Befreiung vom Nazifaschismus, fertiggestellt sein. Es hat den Zweck, die Erinnerung auch praktisch zu verschieben: Weg von den realen historischen Orten der Vernichtung, den KZs und Vernichtungslagern, hinein in den Schlund der neuen und alten Reichshauptstadt. Berlin ist reich an Gebäuden, die an die die deutsche Vergangeheit erinnern. Ob Brandenburger Tor, Siegessäule, das ehemalige Luftfahrtministerium der Nazis, das heute das Finanzministerium beherbergt usw. - aus jeder Ecke springt einen die Geschichte an, aber nicht als vergangene, sondern als gegenwärtige Vergangenheit. Dieses Bewußtsein soll mit dem Bau des Holocaust-Mahnmals zum Verschwinden gebracht werden.

Es ist noch ein Jahr Zeit, die Frage zu diskutieren, ob die radikale Linke gegen die zu erwartenden Naziaufmärsche demonstrieren will oder ob sie nicht stärker die »neue Mitte« ins Visier nehmen sollte.

Bogomir Pütz

Gegen Faschismus und Krieg



Am 29. Januar 2004 wird die überarbeitete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1945" in Hamburg eröffnet. Hier wurde sie 1995 erstmals gezeigt; mit dem 31. März 2004 endet dann ihre Tournee durch eine große Zahl von Städten in Deutschland und Österreich. Gegen die Ausstellung wollen NPD [Nationaldemokratische Partei Deutschland] und partei-unabhängige Neo-Nazi-Kameradschaften am 31. Januar 2004, d.h. fast auf den Tag genau 71 Jahren nach der Machtüber-tragung an die Nazis, zum wiederholten Male durch Hamburg demonstrieren; dieses Mal unter dem Motto: „Reemstma lügt! Wahrheit siegt!"

Diese Demonstration reiht sich in ein gesellschaftliches Klima ein, das sich durch ein neues nationales Selbstbewusstsein und eine immer offenere Äußerung antisemitischer Vorurteile in der Öffentlichkeit auszeichnet. In beeindruckender Geschwindigkeit hat es Deutschland in den letzten 13 Jahren - seit der sog. Wiedervereinigung - geschafft, sich durch die Integration der Vergangenheit des Holocaust zu entledigen, um nun als voll anerkannter militärischer Bündnispartner seine Soldaten in alle Welt zu entsenden. „Ich habe nicht nur gelernt – Nie wieder Krieg, sondern auch – Nie wieder Auschwitz!" [Fischer in Vorbereitung des Jugoslawien-Krieges]

OHNE WEHRMACHT KEIN HOLOCAUST

Seitdem die Ausstellung 1995 erstmals gezeigt wurde, hat sie für Furore gesorgt. Mit der Zerstörung des Mythos von der sauberen Wehrmacht fiel die bis dahin im gesellschaftlichen Konsens gültige Trennung zwischen der ‚bösen SS', die für die Verbrechen in den KZ verantwortlich war, und den Wehrmachtsoldaten, die sich als reine Befehlsträger an den Verbrechen des Faschismus nicht schuldig gemacht hätten, weg. Die Wehrmacht war neben der SS und dem sog. Sicherheitsdienst [SD] das ausführende Organ des einzigartigen Vernichtungswillens des Nationalsozialismus, der in dersystematischen, industriellen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden gipfelte und einen rassistisch strukturierten Großwirtschaftsraum Europa unter der Herrschaft deutscher Kapitalisten und „Herrenmenschen" zum Ziel hatte. Die Wehrmacht verhalf [noch unter dem Namen Reichswehr] der NSDAP zur politischen Macht, war in den Jahren 1933 - 1945 aktiv an den Verbrechen des Faschismus beteiligt und führte insbesondere im Osten einen Vernichtungskrieg, dem allein in der Sowjetunion 22 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Wer wie die Neonazis mit der Parole „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht" durch die Straßen zieht, rechtfertigt nicht nur den Überfall auf eine Vielzahl von Staaten, die gezielt herbeigeführte massenhafte Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener und die Zerstörung weiter Landstriche Europas, sondern auch die Vernichtung des europäischen Judentums. Denn so lange die Front hielt, so lange wurden auch die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern betrieben.

Zwar zeigte die Wehrmachtsausstellung vielen BesucherInnen erstmals die weitgehende Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust; in den durch die Benennung der Verbrechen ausgelösten öffentlichen Diskussionen spiegelten sich jedoch häufig auch verschiedenste Facetten nationalistischen und antisemitischen Denkens wider. Deren Bandbreite reichte von der schlichten Leugnung der Verbrechen der Wehrmacht bis zu ihrer Einordnung in ein totalitaristisches Geschichtsbild, in dem die Wehrmacht mit der Roten Armee gleichgesetzt wurde. Als allgemeine Formel „Gegen Krieg und Gewaltherrschaft", die verschweigt, wer Opfer und wer Täter war, ist dies in Deutschland besonders populär. Dies hat sich immer wieder auch in der Darstellung und Beurteilung der Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg gezeigt. Diese Ereignisse werden ihrer Ursache und ihres geschichtlichen Zusammenhangs [Weltherrschaftsansprüche des deutschen Faschismus und Imperialismus] enthoben. Während das Schicksal der KZ-Häftlinge in Vergessenheit gerät und überlebende ZwangsarbeiterInnen noch immer auf Entschädigung warten, wird der öffentliche Diskurs vor allem unter dem Gesichtspunkt des „deutschen Opfers" geführt. Gezielt versuchen daher jedes Jahr in mehreren Städten Nazis mit Aufmärschen an diese Auseinandersetzung anzuknüpfen und sie völkisch-nationalistisch zuzuspitzen.

DAS NEUE SELBSTBEWUSSTSEIN

Die falsche Beschriftung einiger Fotografien der Ausstellung wurde zum gefundenen Fressen ihrer GegnerInnen, ihre Glaubwürdigkeit insgesamt in Frage zu stellen. Auf der Bezichtigung der Lüge aufbauend mobilisierten in München im März 1997 Neonazis und CDU/CSU-Kreise 5.000 Anhänger zu einer der größten Nazidemonstrationen der Nachkriegsgeschichte. Die vorübergehende Schließung und Überarbeitung der Ausstellung wurde von konservativen und faschistischen Kräften als Erfolg gefeiert.

War die Ausstellung mit ihrer Zerstörung des Mythos von der sauberen Wehrmacht zunächst vor allem Gegenstand heftig ausgetragener Konflikte, so ist die überarbeitete Ausstellung auch für die Kritiker aus dem rechts/konservativen Lager annehmbarer, da die Verantwortlichen der Ausstellung deren Anliegen, auch Verbrechen der Kriegsgegner Deutschlands aufzuführen, entgegengekommen sind. Insgesamt bot die Ausstellung zudem Gelegenheit zur Herausbildung eines neuen nationalen Selbstverständnisses, das ‚Patriotismus' und das Eintreten für sog. ‚nationale Interessen' offensiver rechtfertigt

und mit dem Hinweis vertritt: Seht her, von uns Deutschen ist nichts zu befürchten, wir haben uns doch kritisch mit unserer Vergangenheit befasst.
(...)
Wie weit die Rückbesinnung auf die Nation und das Einfordern eines stärkeren ‚nationalen Selbstbewusstseins' sich mit einer neuen Form antisemitischen Denkens verbunden hat, hatten bereits die Walser-Rede und die nachfolgende Debatte gezeigt. In seiner Rede zur Entgegennahme des Friedenspreises im Oktober 1998 ließ er sich über Auschwitz als jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel und „Moralkeule" und einem aggressiv vorgetragenen Wunsch nach nationaler „Normalität" aus und erhielt von der anwesenden Politprominenz stehend Beifall. Nur zaghaft folgte Widerspruch; Walsers Ruf aber blieb unbeschädigt, Kanzler Schröder traf sich später mit ihm zum Fernseh-Talk. Eine der Botschaften, die von einem solchen Umgang ausgehen: Man darf wieder deutsch sein. „Das Deutschland, das wir repräsentieren, wird unbefangen sein, in einem guten Sinn vielleicht sogar deutscher sein" [Schröder]. (...)

DEUTSCHLAND UND DER KRIEG

Dem deutschen Imperialismus waren 1945 endgültig die Waffen aus der Hand geschlagen worden. Endgültig? Nein. Unter aktiver Förderung insbesondere der US-Regierungen wurde die Bundesrepublik Deutschland remilitarisiert; im Laufe der Jahrzehnte fielen immer mehr Rüstungsbe-schränkungen und in den Stäben und Verbänden der NATO wurde die Bundeswehr zunehmend akzeptiert. Bereits Mitte der 1980er Jahren drängten die in diesem Land Herrschenden, dass eine ökonomische Großmacht auch entsprechend militärisch auftreten müsse.
Der Auflösung des Warschauer Vertrages und der realsozialistischen Systeme hätte eigentlich die Auflösung der NATO und der Bundeswehr folgen können, wäre die ‚sowjetische Bedrohung' je der tatsächliche Grund des erneuten Aufbaus einer Militärmaschinerie gewesen. Anfang der 1990er wurden die ‚deutschen Interessen', zu deren Durchsetzung die Bundeswehr da sei, ganz offen auch auf wirtschaftliche Interessen ausgedehnt und in den folgenden Jahren scheibchenweise die noch bestehenden Vorbehalte in der Bevölkerung gegen den Einsatz der deutschen Armee im heißen Krieg aufgeweicht. War es mit der Remilitarisierung in den 1950er Jahren schon gelungen, die Position „Nie wieder Militär!" zu bezwingen, so folgte nun die Überwindung der Forderung „Nie wieder Krieg!", die als eine Lehre aus der Niederringung des deutschen Faschismus hervorgegangen war. Insbesondere im Krieg gegen Jugoslawien, der aus den Regierungsparteien mit der geschichtsfälschenden Behauptung gerechtfertigt wurde, es gelte ein neues Auschwitz zu verhindern, vollzog Deutschland den Schritt zur „erwachsenen Nation" [Schröder], deren NS-Geschichte es nicht mehr hindern werde als tonangebende Macht im vereinten Europa aufzutreten. Unter der Losung des ‚Kampfes gegen den Terror' folgte der Kriegseinsatz in Afghanistan - dort wie in Jugoslawien tritt die Bundeswehr nun als Macht der Neuordnung auf. Einen weiteren Schritt zu einer auch in militärischen Fragen eigenständig auftretenden imperialistischen Macht vollzog die Bundesregierung anlässlich des Krieges gegen den Irak. Auch wenn die Nutzung der USAMilitärbasen nicht unterbunden wurde, so stellte die Weigerung, die Bundeswehr aktiv an der Niederwerfung des irakischen Regimes teilnehmen zu lassen, doch eine qualitative Veränderung dar. Schröder begründete diese auch ganz offen damit, dass in diesem Fall die ‚deutsche Interessenlage' nicht mit der der USA übereinstimme. Nicht zufällig fand der von Schröder verkündete „deutsche Weg", der in erheblichem Ausmaß von den vielfältigen Geschäftsverbindungen deutscher Unternehmen in die arabischen Länder bestimmt war, ungeteilten Beifall der Faschisten. Endlich, so frohlockten sie, würde die Allianz mit den USA, die neben der Sowjetunion den größten Beitrag zur Niederwerfung des deutschen Faschismus erbracht hatten, aufgekündigt und Deutschland beginne, zu der ihm zustehenden Rolle als selbstständig handelnde Macht zurückzukehren.
Wie wenig das Gefasel der Regierung des „alten Europas" mit Frieden zu tun hat wird u.a. am Kongo deutlich. Vor wenigen Monaten marschierte die EU-Armee im Kongo ein. Unter dem Vorwand einen Völkermord zu verhindern, wird der Zugriff auf die riesigen Bodenschätze des Kongo gesichert. Schließlich geht es nicht nur um Kupfer, Gold und Diamanten, sondern auch um dass weltweit wichtigste Vorkommen an Coltan-Erz. Dieses ist für die gesamte Computer-, Handy-, und Raumfahrtindustrie überlebenswichtig. Der größte Lieferant, das deutsche Unternehmen Bayer, wird in einem EU-Bericht als tatkräftiger Unterstützer des Bürgerkrieges genannt. Die EU-Armee, die zukünftig auf 60.000 Mann/Frau ausgebaut werden soll, hat die Aufgabe die Interessen europäischer Konzerne militärisch durchzusetzen. Zur Rechtfertigung dieser neuen europäischen Expansionspolitik unter deutschr Führung gehört auch die Umdeutung der Geschichte. Auch hier leisten die Nazis mit ihrer Kampagne gegen die „Wehrmachtsaustellung" dem Kapital einen guten Dienst.

DEN NAZIS IN DIE PARADE FAHREN

Für die Neofaschisten waren die Aufmärsche der letzten Jahre, mit denen sie gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht demonstrierten, eine besonders zentrale Achse ihrer Aktivitäten. Außer den alljährlichen Aufmärschen zu Ehren des Kriegsverbrechers Rudolf Hess gibt es kein Thema, wo sie so zahlreich zu Aufmärschen zusammen kommen. An den letzten Ausstellungsorten [z.B. München, Dortmund] haben sie zudem nicht nur ein- oder zweimal mit überregionaler Unterstützung demonstriert, sondern an jedem Wochenende während der Ausstellung öffentliche Aktionen durchgeführt und offen[siv] den deutschen Militarismus und die Verbrechen der Wehrmacht verherrlicht.
Dieses Auftreten ist Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewusstseins und gestiegener Aktionsmöglichkeiten der neonazistischen Bewegung. Neben den öffentlichen Aktivitäten und Demonstrationen, die unter bewusster Ausnutzung und Ausweitung der ihnen von Gerichten und Polizei gebotenen Möglichkeiten organisiert werden, existiert ein neonazistischer Untergrund, in dem Waffen gehortet und Anschlagsopfer ausspioniert werden. Die Enttarnung der Strukturen um den Münchner Neonazi Martin Wiese und die Verhaftungen der Angehörigen der Gruppe Combat 18 markieren da nur die Spitze des Eisbergs. Zu diesem gehören auch die Neonazis, die 1999 in Saarbrücken eine Bombe gegen die Wehrmachtsausstellung zur Explosion brachten. Sie sind bis heute nicht gefasst. Der große Faschistenaufmarsch in München hat auch den Neonazis erstmals sichtbar gemacht, über welche Mobilisierungsmöglichkeiten sie bereits verfügen. Der daraus resultierende Optimismus ist bis heute ungebrochen - kein Wunder, erlauben die Gerichte ihnen doch inzwischen auch wieder, in Wunsiedel [Grab von Hess] und am Soldatenfriedhof in Halbe zu demonstrieren. Währenddessen werden protestierende AntifaschistInnen verprügelt, verhaftet und kriminalisiert. Diese Situation wird sich nicht kurzfristig ändern. Dazu bedarf es einer langen Serie von antifaschistischen Mobilisierungen und Aktionen, die den Aktionsraum der Faschisten einschränken.
Diese wollen wir am 31. Januar in Hamburg fortsetzen...

DEUTSCHE TÄTER SIND KEINE OPFER!
KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!
GEGEN FASCHISMUS UND KRIEG!
DEN NAZIS IN DIE PARADE FAHREN!

antifaschistische Demonstration
31. Januar 2004
11 Uhr S/U Bahnhof Barmbek
13 Uhr Kundgebung Kampnagel (Jarre Str.)
Info: 040/ 40 18 79 21
EA: 040/ 432 78 778

Antifaschistische Aktion Harburg // Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen // Antifaschistisches Info-Telefon Hamburg // Avanti – Projekt undogmatische Linke, Hamburg // Rote Aktion Hamburg //...

(der Aufruf wurde leicht gekürzt, d.red.)

Der Postmoderne, einer zeitgenössischen geistigen Strömung zugerechnet, von der - ebenso wie dies beim Nihilismus der Fall war - in wenigen Jahren wohl schon niemand mehr reden wird...





Das Leben hat sich geändert. Heute ist jede und jeder Teil der Multitude. Existenz ist Widerstand. Jede und jeder, der existiert, arbeitet. Immaterielle Arbeiter und Arbeiterinnen produzieren Leben. Leben ist die Grundlage, auf der sie Widerstand leisten. Und der Widerstand gegen Ausbeutung der gesamten Gesellschaft ist notwendigerweise radikal. -
Freudengesänge hört man in allen gesellschaftlichen Epochen in ganz ähnlicher Weise. Genosse Stalin stellte einmal fest: »Das Leben ist besser, das Leben ist fröhlicher geworden«. Aber Spaß beiseite. Oder jetzt erst recht? Im Dezember 2003 saß (an)Toni(o) Negri auf der Bühne des Hamburger Schauspielhauses. Hunderte saßen ihm im Publikum gegenüber.

Hinter der Multitude stehe, so will Negri zuallererst Missverständnisse ausräumen, ein Klassenkonzept. Ein modernes Konzept, das heute genauer ist als das traditionelle, marxsche. Denn eine Einheit gebe es nicht mehr, man strebe kein Volk, keine Nation, keinen Staat (mehr) an. Auch mit »Masse(n)« hat er Schwierigkeiten, da stecke zu viel Einheit drinnen. Klasse als Vielheit sei heute angesagt.
Heutige Arbeit habe eine neue Qualität. Geleistete Arbeit sei heute mehr und mehr sogenannte immaterielle Arbeit. Herkömmliche oder als herkömmlich begriffene Arbeit, die sogenannte materielle Arbeit, gebe es immer noch, jedoch verliere sie an Stellenwert. Immaterielle Arbeit dagegen sei heute, in der postfordistischen Gesellschaft, zentral. Diese produktiv werdende und angeblich Wert schöpfende Arbeit zeichne sich unter anderem dadurch aus, dass die Arbeiter mit eigenem Eigentum arbeiten. Konkret genannt sind hier fünf: Arbeit, die der Vor- oder Nachbereitung dient, Denken (die Arbeit der Intellektuellen mit ihrem Hirn als Produktionsmittel), Dienstleistungen (warum die nicht mehr im marxschen Sinne als Waren, die mit ihrer Produktion konsumiert werden, angesehen werden können, bleibt im Dunkeln), Beziehungsarbeit und Hausarbeit. Potz Blitz. Die gesamte bürgerliche Gesellschaft wird (und wurde offenbar schon immer) in Arbeit gesetzt und - das ist den Analysen neu - produziere Mehrwert. Ein Meer von Arbeit und Produktivität.

Dazu müssen ein paar Sätze verloren werden. Die qualitativ neue Arbeit leisten in der Regel »Singularitäten«, also Einzelne. Und allein. Zum Beispiel zu Hause. Gedacht wird nicht »alle«, sondern jede und jeder einzelne. Singulär. Einsam. Vereinzelt. Kein Wort darüber, wie die »jede und jeder einzelne« zusammenkommen, sich assoziieren sollen. Keine Worte wie Organisierung noch Befreiung. Der Vorwurf des Positiven gegenüber Negri ist nicht haltbar. Bleibt die Vereinzelung, die zu denken und zu praktizieren auch der Neoliberalismus verlangt: Jeder sein eigener Arbeitskraftunternehmer. Führe dich selbst. Oder in anderen Worten: Sei Multitude.
Multitude sei ein Klassenkonzept, schließlich gehe es um Arbeit und Ausbeutung. Wo und wer jedoch sind diese Klassen? Worin unterscheiden sie sich? Eine einzige Klasse, die klasse Masse, ist es ausdrücklich nicht. Auch der Kapitalist ist Teil der Multitude, schließlich denkt er. Und zwar darüber nach, wie er seine Arbeiter noch besser ausbeuten kann. Er denkt, also arbeitet er. Nur der Zweck seiner Arbeit - nämlich Ausbeutung - sei ein anderer. - Welche Bewegungen schließlich durch diese Multitude hervorgebracht werden, bleibt ein Geheimnis. Hervorgebracht wurden bisher offenbar noch keine.
Beziehungsarbeit, Hausarbeit usw. werde hauptsächlich von Frauen geleistet. Mit der Würdigung dieser weiblichen Arbeit ist mit »Empire« ein feministisches Manifest entstanden. Wieder einmal tragen Männer vor; feminisierte Thesen um »feminisierte Arbeit«. Neben dieser alt(en) bekannten Kritik von Frauen wird all die Kritik aus der Linken, die im Laufe der Zeit an sozialen Bewegungen formuliert wurde, aufgegriffen und eingebaut: HausarbeiterInnen und LumpenproletarierInnen sind einfach gleichwertige Teile der Multitude; Volk und Nation sind einfach Scheiße. Wer sich noch auf Marx bezieht, wird - und man fragt sich warum so überraschend heftig und lautstark - angegriffen. Solche Marx-Bezieherinnen und Bezieher würden die Welt nicht mehr verstehen und erklären können.

Aufgegriffen wurden aber auch Themen und Forderungen neuer sozialer Bewegungen ohne diese zu erwähnen, sich ausdrücklich auf diese zu beziehen oder etwas für diese tun zu wollen. Die Forderungen nach Existenzgeld und offenen Grenzen (konkret: die Ware Mensch ebenso frei wie sämtliche andere Waren über Grenzen hinweg frei zirkulieren zu lassen) werden am Ende von »Empire« aufgesogen zur Integration.
Dem Negri zugehört und nichts verstanden?: Was genau ist nun imaginierte Arbeit? Wenn Existenz tatsächlich Widerstand ist, wird damit das eingeforderte Existenzgeld ein Widerstandsgeld? - Oder nicht verstanden, warum darum so viel Trubel herrscht? Nur eine Verstricktheit von Widersprüchen herausgelesen? Macht nix. Dumpfsinn zu verstehen ist total nicht easy, ey. Befreiung wird in »Empire« ohnehin nicht gedacht, kann es auch nicht werden.

Was also soll das Ganze? Um die Realität, in der wir leben jenseits des Fetischcharakters zu greifen? Begriffe erfinden, um das unsagbare aussprechbar zu machen? Wer wartet darauf? Wer benutzt heute, im vierten Jahr nach Erscheinen von »Empire«, beispielsweise »Multitude«? Kein Wunder, wenn es niemand ist: Unklar bleibt, was unklar gemeint ist. Das ist die Strategie. Negri erwähnt Foucault, führt den Begriff »Biomacht« ein, man wartet mit jeder neuen Seite auf eine (er)Klärung des Begriffs, bis zur letzten vergeblich. Klar ist nur eins: Das, was Foucault mit »Biomacht« zu denken versuchte, meint Negri nicht. Die Katze beißt sich in ihren Schwanz. Negris Gegenkonzept »Biopolitik« - den Widerstand in zentrale Strukturen des Kommandos, das heute den Kapitalismus über die Menschen ausbreitet, bringen - bleibt ebenso schwammig, ungreifbar, nutzlos.

Jetzt ist ein zweites Buch angekündigt. Warum wurde es geschrieben? Um weitere Missverständnisse auszuräumen oder in die Welt zu setzen? Weder noch. Nach dem Kassenschlager »Empire« will man mit »Empire - reloaded« einfach nur eins: Kohle machen. Für Linke bietet das eine gute Chance nachzuholen, was verpasst wurde: Raubdrucke herzustellen und weit unter Verlagspreis weit im deutschsprachigen Raum unter den Menschen zu verscherbeln.

Franz-Josef Bevermeier



Schanzenstraße 27
täglich geöffnet ab 19:30 Uhr und nach Heimspielen
alternative Rock-Pop und Punk

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**



Bücher, Broschüren und ein Archiv zu folgenden Themen haben wir:
★ Feminismus ★ Antifaschismus
★ Internationales ★ Umstrukturierung
★ Antirassismus ★ Repression
★ Anarchismus ★ Kommunismus
★ Linke Geschichte und Theorie
★ Anti-AKW ★ Aktuelle Infos

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22

öffnungszeiten
mo, di, mi, fr 15 - 19 uhr | so 12 - 15 uhr

Ihr könnt Euch ausserdem selber Material für Büchertische zusammaenstellen.

Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18^{00} - 1^{00} Uhr
Di-Sa 10^{30} - 1^{00} Uhr
So 11^{00} - 1^{00} Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern

Meuchefitzer Gasthof
Tagungshaus

Im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Schwarzer Hahn
Lensian



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpfl.
- Übernachtung 17,-/20,- DM pro Person
- Seminarraum, Selbstversorger-Küche, Aufenthaltsräume , großer Innenhof

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 0 58 43 / 241
Fax: 0 58 43 / 1413
e-mail: tagungshaus@schwarzer-hahn.de
www.schwarzer-hahn.de

Buchhandlung IM SCHANZENVIERTEL

Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040 / 430 08 08
Fax.040 / 430 16 37
info@schanzenbuch.com

Mo. - Fr.
9.30 - 18.30
Samstag
10.00 - 16.00

c/o
Die Druckerei
Buchhandlung im Schanzenviertel GmbH
20357 Hamburg





rote flora im Januar

07.Mi konzert 22 Uhr
Satanic Verses Concerts presents:
consume (ex-disrupt/state of fear/ect/aus usa) sie beehren und nun auf ihrer rücktour ein 2tes mal
hellshock (mit remains of the day leuten (80er metlcrust(anti-sect/hellbastard/amebix/concrete sox und ein gehöriger schuss axegrinder)))

10.Sa new years reggae 23 Uhr
reggae-ragga-dancehall special: Rainbowsound and friends

11.So konzert 22 Uhr
(echt jetzt) The Scarlet Letter (us) eine sehr eigenständige und interessante mischung aus rasend schnellem trashcore, melodischen parts und heavy, metallischen breakdowns. eigenwillig und verdammt cool!
Captain Planet (hh) Hart rockenden Punk verbunden mit melancholischen »Emo« Parts, treibenden Gitarren und sehr persönlichen, deutschsprachigen Texten

16.Fr musik 23 Uhr
Lionhearts, Barney Millah und One Blood Brothers

17.Sa Soli fürs Karo1/4-Fest 23 Uhr
I-Livity Soundsystem...roots+culture

21.Mi hc-konzert 22 Uhr
Colligere Metallischer New School Hardcore, der von dem Widerspruch zwischen dem noisigen, negativen Brachialsound und melodiösen Leadgitarre lebt! Tonnenschwere Moshparts, plötzlich lospolternde schnelle Parts, dazu unnachahmlichen Melodien und die verzweifelnden Vocals. Belo Horizonte, Brasilien / Liberation Records + guests

24.Sa Skatejam 16 Uhr
Skateboardrampen, draußen, nutzbar. // erster Platz = 1 Kasten Bier!
Konzi Beginn 18 Uhr:Kraisie Facker, Indica, Kaos Elite, Soma, Biomorbh, Fiddel Aldermolk, Krisenfaktor

25.So konzert 22 Uhr
Wolves (us) die beste der zahlreichen nachfolgebands der grandiosen orchid. wolves gehen allerdings eher in richtung der mitt90er gravity-schule, sprich vertrackter, emotionaler hardcore mit wilden eruptionen, ungezügelter energie. musikalisch höchst intensiv und inhaltlich äußerst interessant, da hier wirklich mal neue denkanstöße geliefert werden können. alles höchst ausgefeilt und uneingeschränkt zu empfehlen.
Transistor Transistor (us) rockiger hardcore mit groove. sehr rhythmisch und einlullend. vielleicht wie eine zahmere und straightere version der blood brothers.

31.Sa Avanti SoliParty 23 Uhr
Silly Walks Movement

Regelmäßige Termine:
Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes essen Ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es euch gefällt-cafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti Castor CafeDonners. 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **1. Samstag** im ab 12 Uhr Frühstück **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und fricher Kuchen Studio F (fsk 93.0) sendet ganztätig aus der Roten Flora